

Die Gesetze des Kapitalmarkts 2021

Wissen und Handlungsempfehlungen für
Investor Relations und Hauptversammlung

Slot 1: Beginn 10:00 Uhr

1

ÜBER UNS // VERANSTALTER UND SEMINARPARTNER

➤ Better Orange IR & HV AG

Beratungskompetenz und technische Dienstleistungen für Investor Relations und Hauptversammlungen

Better Orange IR & HV AG ist eine spezialisierte Beratungsgesellschaft für Kapitalmarktkommunikation, Investor Relations und Hauptversammlungen (Präsenz- und virtuelle Hauptversammlung) sowie anlassbezogene Gesellschafter- und Gläubigerversammlungen für börsennotierte und kapitalmarktorientierte Unternehmen.

Das Team von Better Orange berät, betreut und unterstützt mit der Erfahrung aus jährlich rund 150 betreuten Versammlungen und über 30 ganzjährig betreuten IR-Mandaten und -Projekten in allen Fragen der inhaltlichen und technischen Vorbereitung, Organisation und Durchführung einer Versammlung der Anteilseigner, der Investor Relations und Wirtschafts-PR sowie der Einhaltung sämtlicher Marktfolgepflichten einer börsennotierten Gesellschaft.

Zur Kernkompetenz von Better Orange zählen ebenso die kommunikative Begleitung und Unterstützung von IPOs, M&A-Transaktionen, Anleihe-Emissionen und Restrukturierungen. Better Orange bietet zuverlässige, sichere und innovative Systeme für das Einladungs- und Anmeldemanagement, die Präsenzerfassung, die Durchführung von Abstimmungen sowie die Unterstützung bei der Fragenbeantwortung.

➤ Pinsent Masons Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB

Zukunftsweisende Rechtsberatung für die Bereiche Technologie, Life Sciences, Energie und Real Estate

Das Aktien- und Kapitalmarktrechtsteam von Pinsent Masons berät Unternehmen und Unternehmer bei allen Fragen rund um den Kapitalmarkt. Es begleitet Emittenten sowohl beim Going Public als auch beim Being Public, insbesondere bei der Durchführung von Hauptversammlungen, bei der Emission von Wertpapieren, bei Kapitalmarkttransaktionen und öffentlichen Übernahmen. Dabei unterstützt das Team Emittenten auch bei der Erstellung von Wertpapierprospekten für Aktien- und Anleiheemissionen.

2

HAUPTVERSAMMLUNG RÜCKBLICK 2020 - AUSBLICK 2021

ABSTIMMUNGSRICHTLINIEN & INVESTORENERWARTUNGEN 2021

HAUPTVERSAMMLUNG // THEMEN UND ENTWICKLUNGEN HV SAISON 2020 – AUSBLICK 2021

HV-Saison 2020 – Rückblick I

- **Terminüberschneidungen**
 - Entzerrung der Terminlage wegen Corona 2020, aber in 2021 wieder Konzentration auf wenige bestimmte Wochentage im Mai und Juni
- **Inkrafttreten der ARUG II-Regelungen zur HV und zur Aktionärsidentifikation am 3. September 2020**
 - Start holprig
- **Stimmrechtsberater und institutionelle Anleger müssen veröffentlichen, nach welchen Richtlinien und ggf. mit welchem Berater gearbeitet wird**
- **Einige AGs legten bereits freiwillig das den ARUG II-Regeln entsprechende Vergütungssystem des Vorstands zur Billigung vor**

- **Bis Anfang März 2020 zunehmend rückläufige Teilnehmerzahlen nach Köpfen**
 - Corona breitete sich erstmals aus, Primärrisikogruppen gem. Altersstruktur wurden vorsichtig
- **HV-Absagen häuften sich**
- **Notgesetzgebung trat am 28. März 2020 in Kraft, die virtuelle HV war „geboren“**
- **Erste große virtuelle HV bereits am 28. April 2020 Bayer AG (mit stark verkürzter Einberufungsfrist)**
- **Prognoseänderungen**
- **Dividendenanpassungen**

HV-Saison 2020 – Rückblick II

- **Verkürzung der Einberufungsfrist wurde bei oHVs – abgesehen von den HVs im April – insgesamt zurückhaltend genutzt**
 - entsprach der dringenden Bitte der Stimmrechtsberater und Depotbanken
- **Die große Mehrzahl der börsennotierten Unternehmen hat die HV in einem passwortgeschützten Portal des HV-Dienstleisters gestreamt**
 - falls zusätzlich öffentlich übertragen wurde, endete die Übertragung in den meisten Fällen nach der Rede des Vorstands
- **Fragen**
 - **Einreichung in der großen Mehrzahl der Fälle ausschließlich über das passwortgeschützte Portal**
 - **Frageneinreichungsfrist**
 - **meist bis zwei Tage vor der HV mit unterschiedlicher Fristinterpretation**
 - 2 Tage freibleibend (also bis Ende des 3. Tages vor der HV)
 - 1 Tag freibleibend (also bis Ende des 2. Tages vor der HV)
 - Kompromisslösung: ca. 48 Stunden freibleibend (also bis zur Startzeit der HV am 2. Tag vor der HV)
 - **Sorge vor Einreichung exzessiver Zahl an Fragen war unbegründet**
 - meist vergleichbar zur Präsenz-HV
- **Antworten**
 - von i.d.R. vollständiger und ausführlicher Beantwortung von hunderten Fragen bis hin zu (selten) ausgeprägter Nutzung des pflichtgemäßen Ermessens durch starke Selektion der Fragen mit sehr knappen Antworten

HV-Saison 2020 – Rückblick III

- **Zahl der eingeloggtten Aktionäre bzw. Bevollmächtigten meist etwas niedriger als bei Präsenz-HVs**
 - aber: je Depot bzw. Eintrag im Aktienregister i.d.R. ein Zugangsdatensatz ggü. i.d.R. max. zwei Eintrittskarten bei Präsenz-HV
 - somit effektive Zahl der vertretenen Aktionäre meist vergleichbar
- **Vertretenes Kapital war häufig höher oder mindestens vergleichbar zur Präsenz-HV**
- **Deutliche Kritik von Aktionärsvereinigungen und Großanlegern an den Einschränkungen der Aktionärsrechte wurde vom Gesetzgeber durch eine moderate Anpassung der Notgesetzgebung aufgegriffen**

Besondere HVs

- **Letzte große Präsenz-HV, die vor der Notgesetzgebung durchgeführt wurde: MVV Energie AG am 13. März 2020**
 - Normalerweise über 1.000 Teilnehmer
 - Reduzierung auf ca. 130 Teilnehmer erreicht über
 - dringende Bitte auf mehreren Wegen um Nichtteilnahme und Nutzung der Weisungsmöglichkeiten
 - Risikohinweise
- **Deutsche Telekom AG versuchte das ebenfalls mit ähnlichem Ansatz, sagte dann am 17. März 2020 die HV vom 26. März ab (im Banz am 20. März 2020)**
- **Bayer AG am 28. April 2020 erste große virtuelle HV**
- **comdirect bank AG erstes großes Squeeze Out virtuell am 5. Mai 2020**
- **Axel Springer Squeeze Out virtuell am 26.11.2020**
 - Anfechtungsklage DSW

HV-Saison 2021 – Ausblick

- **Say on Pay-NEU gem. ARUG II-Regeln bei HVs ab HV-Termin 01.01.2021 verpflichtend**
 - Billigung des Vergütungssystems des Vorstands eins der bestimmenden Themen 2021
 - Bestätigung Vergütungssystem des Aufsichtsrats eher Formsache
 - Zustimmung von 80% oder mehr notwendig, da sonst die Entlastungsbeschlüsse in 2022 gefährdet werden könnten
 - Zahlreiche Tagesordnungen werden durch die Veröffentlichung der vollständigen Unterlagen im Banz die 25-Seiten-Grenze des Banz überschreiten, daher mindestens (!) einen Tag zusätzlich einplanen zwischen Hochladen und Veröffentlichung
 - HV 2022 Beschlussfassung über die tatsächlich gezahlten Vergütungen
- **Virtuelle HV 1.1 (= moderat modifiziert)**
 - verkürzter minimale Frageneinreichungsfrist (1 Tag)
 - Recht auf Antwort
 - Fiktionslösung bei veröffentlichungspflichtigen Anträgen

HV-Saison 2021 – Ausblick

- **Abstimmungsrichtlinien werden weiter verschärft**
 - Nachhaltigkeit elementares Thema
 - Vorratsbeschlüsse nur noch in immer kleinerem Umfang möglich
 - Amtszeit der AR-Mitglieder soll auf 4 Jahre reduziert werden, dafür ggf. Satzungsänderung notwendig
 - Staggered Board

- **Angriffe aktivistischer Investoren werden mit Abflauen der Coronakrise wieder zunehmen**
 - bei sichtbaren Performanceschwächen
 - Rückkehr der Planbarkeit

Offenlegungspflichten von institutionellen Anlegern, Vermögensverwaltern und Stimmrechtsberatern (I)

- **Warum ist die Offenlegung gem. § 134c und § 134d AktG wesentlich?**
 - Transparenz, welcher institutionelle Anleger bzw. Vermögensverwalter mit welchem Stimmrechtsberater zusammenarbeitet
 - Verständnis entwickeln, wie und nach welchen Kriterien die Stimmrechtsberater die Beschlussvorlage vorbereiten
 - Antizipation des zu erwartenden Abstimmungsverhaltens von Stakeholdern möglich
 - Unterstützung für die inhaltliche Vorbereitung für (Governance)-Roadshows etc.

- **Beispiele Richtlinien**
 - Blackrock <https://www.blackrock.com/corporate/literature/fact-sheet/blk-responsible-investment-guidelines-emea.pdf>
 - DWS Investment <https://www.dws.de/das-unternehmen/corporate-governance/>
 - Union Investment <https://institutional.union-investment.de/startseite-de/Ueber-uns/Richtlinien.html>
 - Deka Investment <https://www.deka-institutionell.de/themen/engagement/hauptversammlungssaison-corporate-governance/>
 - Allianz Global Investors <https://de.allianzgi.com/de-de/b2b/ueber-uns/corporate-governance>
 - Flossbach von Storch https://www.flossbachvonstorch.de/fileadmin/user_upload/files/rechtliche-hinweise/de/leitlinien-zur-ausuebung-von-stimmrechten-und-zur-mitwirkung-flossbachvonstorch-ag-de.pdf

Offenlegungspflichten von institutionellen Anlegern, Vermögensverwaltern und Stimmrechtsberatern (II)

➤ **Beispiele Jahresberichte im Bundesanzeiger**

Mercor Pensionsfonds AG Frankfurt am Main	Gesellschafts- bekanntmachungen	Offenlegungspflichten nach § 134b und § 134c AktG	26.05.2020
Bosch Pensionsfonds AG Stuttgart	Gesellschafts- bekanntmachungen	Angaben gemäß §§ 134b, 134c AktG	27.01.2020
Siemens Pensionsfonds AG Grunwald	Gesellschafts- bekanntmachungen	Angaben gemäß § 134 c AktG zur Anlagestrategie der Siemens Pensionsfonds AG und zu deren Vereinbarung mit der Siemens Fonds Invest GmbH	28.05.2020
Metzler Asset Management GMBH Frankfurt am Main	Kapitalmarkt	Jahresbericht zum 31. August 2020 Metzler Wertsicherungsfonds 93 C, Metzler Wertsicherungsfonds 93 A, Metzler Wertsicherungsfonds 93 B DE000A0H1AG2; DE000A0MY0U9; DE000A1JSXRS	05.01.2021
Metzler Asset Management GMBH Frankfurt am Main	Kapitalmarkt	Auflösungsbericht zum 21. September 2020 Metzler Wertsicherungsfonds 90 ESG C DE000A2PJUG8	05.01.2021
Warburg Invest AG Hannover	Kapitalmarkt	Jahresbericht WI Global Challenges Index-Fonds S (EUR), WI Global Challenges Index-Fonds I (EUR), WI Global Challenges Index-Fonds EDG (EUR), WI Global Challenges Index-Fonds EDEKABANK (EUR), WI Global Challenges Index-Fonds P (EUR) DE000A2DL4N0; DE000A0LGNP3; DE000A1JMSA8; DE000A2H88K5; DE000A1T7561	31.12.2020
Deka Investment GmbH Frankfurt am Main	Kapitalmarkt	Auflösungsbericht zum 30. September 2020 Deka-RentSpezial High Income 9/2020 CF, Deka-RentSpezial High Income 9/2020 S (A) DE000DK2EAH5; DE000DK2EAJ1	31.12.2020
Warburg Invest AG Hannover	Kapitalmarkt	Jahresbericht WI Aktien North America ESG Leaders T 1 (EUR) DE000A1T7561	31.12.2020

➤ **In den Jahresberichten wird dann auf die Fonds-Seiten verwiesen**

➤ z.B. <https://www.hansainvest.com/deutsch/ueber-uns/compliance/abstimmungsverhalten-bei-hauptversammlungen.html>

BVI Bundesverband Investment und Asset Management e.V. (I)

➤ **Analyse-Leitlinien für Hauptversammlungen 2021 des BVI („ALHV 2021“):**

Quelle: <https://www.bvi.de/service/muster-und-arbeitshilfen/analyse-leitlinien-fuer-hauptversammlungen-alhv/>

➤ Operative Umsetzung durch IVOX Glass Lewis

➤ **Gremienwahlen**

- mangelnde Diversität, insbesondere unter Berücksichtigung von Geschlecht, Alter oder Qualifikation
- Verfehlung der selbst gesetzten Unternehmensziele zur Diversität
- Wechsel vom Vorstand in den Aufsichtsratsvorsitz (auch nach CoolingOff)
- Blockwahlen
- der Aufsichtsratsvorsitzende ist zugleich Vorsitzender des Prüfungsausschusses
- Überschreitung der vom Unternehmen festgelegten maximalen Zugehörigkeitsdauer zum AR oder bei mehr als 15 Jahren

➤ **Vergütungsregeln im Hinblick auf SRD II für Vergütungssystem und Vergütungsbericht konkretisiert**

- reine Aktienkursbindung bei Leistungsparametern zur Bestimmung der variablen Vergütung
- fehlende ESG-Kriterien
- Sonder- oder Antrittsboni
- fehlende Verpflichtungen zu Eigeninvestments sowie Erweiterungen bei Aktienoptionsplänen
- Fehlende ClawBack-Klausel

BVI Bundesverband Investment und Asset Management e.V. (II)

- **Kapitalerhöhung (genehmigt oder bedingt)**
 - Jeweils maximal 20% vom Grundkapital (vorher 30%)
 - Summe genehmigtes und bedingtes Kapital somit maximal 40% (vorher 60%)
 - Bezugsrechtsausschlussbegrenzung als Selbstverpflichtung ohne Satzungsregelung
- **Rückkauf eigener Aktien**
 - Ermächtigung länger als 2 Jahre (vorher 5 Jahre)
- **Gewinnverwendung**
 - Scrip dividend-Ermächtigung ohne Wahlmöglichkeit zur Bardividende
- **Abschlussprüfer**
 - Bestelldauer von Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und verantwortlichem Prüfungspartner seitens der Unternehmen im Vorfeld im Geschäftsbericht bzw. dauerhaft auf der Internetseite offenzulegen, insbesondere nach fünfjähriger Mandatsdauer
- **Interessen von Aktionären**
 - Nichtvorlage bzw. unvollständige Bereithaltung aller Dokumente auf der Webseite der Gesellschaft ab dem Zeitpunkt der Einberufung
 - fehlendes Archiv von mindestens fünf Jahren mit allen Hauptversammlungsunterlagen => kein Entfernen von Dokumenten nach der Hauptversammlung

BVI Bundesverband Investment und Asset Management e.V. (III)

- **Genehmigung von Berichten**
 - anhängige Verfahren (Anfechtung der Bilanz, andere illegale Tätigkeiten)
 - mangelnde Veröffentlichung
 - Gesellschaft berichtet nicht nach international anerkannten Standards (insbesondere GRI, TCFD, SASB) oder veröffentlicht wichtige Informationen nicht in einer international anerkannten Weise (Webseite, Geschäftsbericht)
 - Bedenken hinsichtlich der Prüfungsmethoden
- **Ergänzungsverlangen und Sonderprüfungen**
 - Unverhältnismäßigkeit zwischen Kosten und Nutzen
 - Einschränkung der Aktionärsrechte oder Benachteiligung von Aktionären, vor allem Minderheitsaktionären
 - Antrag führt zur Verschlechterung der Corporate Governance
 - fehlende oder fehlerhafte Begründung

Institutional Shareholder Services Inc. ISS (I)

➤ POLICY UPDATES 2021:

Quelle: <https://www.issgovernance.com/policy-gateway/upcoming-policies>

➤ Verschärfung des Fokus ESG

➤ im Hinblick auf Wahlen weltweit

Current ISS Policy, incorporating changes:

General Recommendation: Under extraordinary circumstances, ISS will consider recommending a vote against individual directors for:

- Material failures of governance, stewardship, or risk oversight, including demonstrably poor risk oversight of environmental and social issues, including climate change; or
- Egregious actions related to the director's service on other boards that raise substantial doubt about that individual's ability to effectively oversee management and to serve the best interests of shareholders at any company.

Institutional Shareholder Services Inc. ISS (II)

➤ Ausweitung mehrerer Policies auch auf „non widely held companies“

➤ Wirtschaftsprüferwahl

~~For widely held companies,~~ Fees for non-audit services exceed either 100 percent of standard audit-related fees or any stricter limit set in local best practice recommendations or law.

➤ Wahl oder Wiederwahl eines früheren CEO in den AR mit dem Ziel, AR-Vorsitzender zu werden bzw. zu bleiben

Current ISS Policy, incorporating changes:

Generally vote against the election or reelection of a former CEO as chairman to the supervisory board or board of directors ~~at widely held companies~~ in Germany, Austria, and the Netherlands. In markets such as Germany, where the general meeting only elects the nominees and, subsequently, the new board's chairman, ISS will generally recommend a vote against the election or reelection of a former CEO, unless the company has publicly confirmed prior to the general meeting that he will not proceed to become chairman of the board.

Considerations should be given to any of the following exceptional circumstances on a case-by-case basis if:

- There are compelling reasons that justify the election or reelection of a former CEO as chairman; ~~or~~
- The former CEO is proposed to become the board's chairman only on an interim or temporary basis; ~~or~~
- The former CEO is proposed to be elected as the board's chairman for the first time after a reasonable cooling-off period; or
- The board chairman will not receive a level of compensation comparable to the company's executives nor assume executive functions in markets where this is applicable.

Institutional Shareholder Services Inc. ISS (III)

➤ Ausweitung mehrerer Policies auch auf „non widely held companies“

➤ Overboarding:

Current ISS Policy, incorporating changes:

Overboarded Directors

General Recommendation: In Austria, Belgium, Denmark, Finland, France, Germany, Italy, Luxembourg, the Netherlands, Norway, Poland, Spain, Sweden, and Switzerland, ~~at widely held companies~~, ISS will generally recommend a vote against a candidate when s/he holds an excessive number of board appointments, as defined by the following guidelines:

- Any person who holds more than five mandates at listed companies will be classified as overboarded. For the purposes of calculating this limit, a non-executive directorship counts as one mandate, a non-executive chairmanship counts as two mandates, and a position as executive director (or a comparable role) is counted as three mandates.
- Also, any person who holds the position of executive director (or a comparable role) at one company and a non-executive chairman at a different company will be classified as overboarded.

Institutional Shareholder Services Inc. ISS (IV)

➤ Unabhängigkeit der Vergütungsausschussmitglieder

For widely-held companies ~~in Belgium, the Netherlands, and Switzerland~~, generally vote against the (re)election of any non-independent members of the remuneration committee if: ~~their (re)election would lead to a non-independent majority on that committee.~~

- Fewer than 50 percent of the remuneration committee members, who are elected by shareholders in such capacity or another - excluding, where relevant, employee shareholder representatives - would be independent; or
- Fewer than one-third of all remuneration committee members would be independent.

For companies whose boards are legally required to have 50 percent of directors not elected by shareholders, the second criterion is not applicable.

For all companies:

~~in Belgium, Denmark, Finland, France, Iceland, Luxembourg, the Netherlands, Norway, Spain, Sweden, and Switzerland~~, Generally vote against the (re)election of executives who serve on the company's audit or remuneration committee. ISS may recommend against if the disclosure is too poor to determine whether an executive serves, or will serve, on a committee. If a company does not have an audit or a remuneration committee, ISS may consider that the entire board fulfills the role of a committee. In such case, ISS may recommend against the executives, including the CEO, up for election to the board.

Institutional Shareholder Services Inc. ISS (V)

➤ **Board Gender Diversity**
(Änderung wirksam ab 1. Februar 2022)

Current ISS Policy, incorporating changes:

General Recommendation: In terms of gender diversity, [supervisory] boards should adhere to domestic legal requirements or local best market practices or, in the absence thereof, be in line with European established practice.

Generally vote against the chair of the nomination committee (or other directors on a case-by-case basis) ~~if when there are no female directors on the board of a widely held company. Mitigating factors may be:~~

- The underrepresented gender accounts for less than 30 percent (or any higher domestic threshold) of board directors of a widely held company*.
- Both genders are not represented on the board of a non widely-held company.

Mitigating factors may include:

- ~~The presence of a female director on the board~~ Compliance with the relevant standard at the preceding annual meeting and a firm commitment, publicly available, to ~~appoint at least one female director to comply with the relevant standard~~ within a year; or
- Other relevant factors as applicable.

*A one-year transitional period will apply in 2021. During this transitional period, vote recommendations will not be impacted by the policy applicable to widely-held companies. The latter will come into effect on Feb. 1, 2022.

Institutional Shareholder Services Inc. ISS (VI)

➤ **Streichung der Ausnahmen für den Einsatz von Optionen beim Rückkauf eigener Aktien**

Market Specific Exceptions

~~For Italy and Germany, vote for share repurchase plans and share reissuance plans that would use call and put options if the following criteria are met:~~

- ~~— The duration of the options is limited in time to no more than 18 months;~~
- ~~— The total number of shares covered by the authorization is disclosed;~~
- ~~— The number of shares that would be purchased with call options and/or sold with put options is limited to a maximum of 5 percent of currently outstanding capital (or half of the total amounts allowed by law in Italy and Germany);~~
- ~~— A financial institution, with experience conducting sophisticated transactions, is indicated as the party responsible for the trading; and~~
- The company has a clean track record regarding repurchases.

Institutional Shareholder Services Inc. ISS (VII)

➤ Erweiterung der Vergütungssystemregelungen auf die Entscheidung über den Vergütungsbericht und Konkretisierung im Hinblick auf SRD II

Current ISS Policy, incorporating changes:

General Recommendation: ISS will generally recommend a vote against a company's compensation-related proposal if such proposal fails to comply with one or a combination of several of the global principles and their corresponding rules:

1. Provide shareholders with clear and comprehensive compensation disclosures:
 - 1.1. Information on compensation-related proposals shall be made available to shareholders in a timely manner;
 - 1.2. The level of disclosure of the proposed compensation policy and remuneration report shall be sufficient for shareholders to make an informed decision and shall be in line with what local market best practice standards dictate;
 - 1.2.1. Remuneration report disclosure is expected to include amongst others: amounts paid to executives, alignment

between company performance and payout to executives, disclosure of variable incentive targets and according levels of achievement and performance awards made, after the relevant performance period (ex-post), and disclosure and explanation of use of any discretionary authority or derogation clause by the board or remuneration committee to adjust pay outcomes.

- 1.3. Companies shall adequately disclose all elements of the compensation, including:
 - 1.3.1. Any short- or long-term compensation component must include a maximum award limit.
 - 1.3.2. Long-term incentive plans must provide sufficient disclosure of (i) the exercise price/strike price (options); (ii) discount on grant; (iii) grant date/period; (iv) exercise/vesting period; and, if applicable, (v) performance criteria.
 - 1.3.3. Discretionary payments, if applicable.

Glass Lewis

➤ POLICY UPDATES 2021

Quelle: https://www.glasslewis.com/wp-content/uploads/2016/11/Guidelines_Continental_Europe.pdf

➤ Fokus auf Say-on-Pay-Beschlüsse (ARUG II):

- Vergütungssystem
- Vergütungsbericht

➤ Erwartung einer „Board Responsiveness“ = „Änderungssensitivität bzw. -bereitschaft“:

- bei 20% Enthaltungen oder Ablehnungen zu Verwaltungsvorschlag (in der letzten HV) oder
- 20% Zustimmung für Gegenvorschlag (in der letzten HV)
- werden Änderungen oder Stellungnahmen erwartet

➤ Fokus auf Board Skills

- Board composition, including the composition and mix of skills and experience of the non-executive element of the board

SdK – Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger e.V. (I)

➤ **POLICY UPDATES 2021**

Quelle: Präsentation „SdK-Abstimmungsrichtlinien und HV-Schwerpunkte 2021“ vom 20.11.2020

➤ **Vorstandsentslastung:**

➤ **Sonderthema: Beziehungen zu nahestehenden Personen und Unternehmen**

- Einhaltung der Verfahrensvorschrift des § 111b Abs.1 AktG (Zustimmungsvorbehalt des Aufsichtsrats bei Geschäften mit nahestehenden Personen)

➤ **Aufsichtsratsentslastung**

- "Berichterstattung"/Nachfrage zu Rechtsgeschäften mit nahestehenden Personen nach § § 111a. ff. AktG
- Frage nach der Routine zur vollständigen Erfassung der Geschäfte mit nahestehenden Personen (§ 111a Abs.2 AktG)
- Nachfrage nach Definition und Identifikation von Interessenkonflikten und deren Handhabung
- Frage nach Verstößen gegen § 111b Abs. 1 AktG und deren Konsequenzen

SdK – Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger e.V. (II)

➤ **POLICY UPDATES 2021**

Quelle: Präsentation „SdK-Abstimmungsrichtlinien und HV-Schwerpunkte 2021“ vom 20.11.2020

➤ **Grundzüge Vergütungssystem / Eckpfeiler**

- Prüfung der Vergütungssysteme auf Vollständigkeit nach § 87a AktG
- Erfragung der Kriterien für die einzubeziehenden Gruppen von Arbeitnehmern für den vertikalen Vergleich
- Erfragung der Kriterien für die Beurteilung der Angemessenheit der Vergütung im vertikalen Vergleich
- Nachfrage nach der Verfahrensroutine zur Festsetzung, Umsetzung und Überprüfung des Vergütungssystems, insbesondere nach den Auslösern

➤ **Wahlen zum Aufsichtsrat**

➤ **Auswahl der Kandidaten**

- Beamte – mögliche Interessenkollision?

➤ **Abschlussprüfer**

- Regelmäßig Ablehnung der Wahl von EY als Abschlussprüfer aufgrund der Vorfälle im Fall Wirecard und der bisher ungeklärten Prüfungspraxis EYs.

VIRTUELLE HAUPTVERSAMMLUNG

LESSONS LEARNED

NEUE RECHTSGRUNDLAGE

INTERAKTIONSMÖGLICHKEITEN & VISIONEN

HAUPTVERSAMMLUNG // VIRTUELLE HAUPTVERSAMMLUNG

Neue Gesetzeslage

- **Gesetz vom 27. März 2020 über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie**
 - Grundlage der virtuellen Hauptversammlungen in 2020
- **Verordnung vom 20. Oktober 2020 zur Verlängerung von Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins- und Stiftungsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie (GesRGenRCOVMMV)**
 - Verlängerung des „COVID-19“-Gesetzes bis zum 31. Dezember 2021
- **Gesetz vom 22. Dezember 2020 über die Änderung des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie**
 - Änderung des „COVID-19“-Gesetzes
 - Wenige Aspekte bei Durchführung der virtuellen Hauptversammlung ändern sich
 - Änderungen treten ab dem 28. Februar 2021 in Kraft.
- **Das GesRGenRCOVMMV tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft.**

Neue Gesetzeslage

- Möglichkeit, Frageneinreichung bis spätestens **einen Tag vor der Hauptversammlung** vorzusehen (bislang zwei Tage)
 - Genaue Fristberechnung aber weiterhin umstritten
 - Verordnungsgeber regt in seiner Begründung zur Verlängerung an, es im Rahmen der ... zur Verfügung stehenden ... Möglichkeiten ggfs. zu ermöglichen, dass Fragen auch noch während der Hauptversammlung eingereicht werden können.
- Aktionären steht ein **Fragerecht** zu (bislang: Fragemöglichkeit)
 - Vorstand entscheidet aber weiterhin nach pflichtgemäßem, freiem Ermessen, wie er Fragen beantwortet
 - Weiterhin kein Auskunftsrecht im Rahmen der Schranken des § 131 AktG wie bei einer Präsenz-Hauptversammlung
- Fristgerecht eingereichte **Gegenanträge/Wahlvorschläge** gelten als in der Hauptversammlung gestellt (**Antragsfiktion**)
 - bislang war diese Fiktion umstritten und wurde in der Praxis unterschiedlich bewertet
 - Fiktion auf Gegenanträge/Wahlvorschläge beschränkt; Geschäftsordnungsanträge sind weiterhin nicht möglich

Neue Gesetzeslage

- Keine Änderung bzgl.
 - eingeschränkte Anfechtungsmöglichkeiten
 - Möglichkeit der Verkürzung der Einberufungsfrist auf 21 Tage
 - Ermächtigung des Vorstands, Abschlagszahlungen auf den Bilanzgewinn auch ohne Satzungsregelung vorzunehmen
 - Verlängerung der 8-Monatsfrist bis 31.12.2021 (für SE noch nicht bekannt)

Erfahrungen – Kritikpunkte – Verbesserungspotential

- Frageneinreichung: kaum Missbrauch
- Anfänglich ähnliche Fragenkataloge bekannter Aktionäre bei diversen Gesellschaften, insbesondere zur virtuellen HV und zur Lage der Gesellschaft aufgrund Corona
- Einreichungsfeld für Widersprüche wurde in wenigen Fällen als Kommentarmodul zweckentfremdet
- Zahl der Widersprüche i.d.R. sehr überschaubar
- Kritik, dass eine Kommunikation vom Aktionär in die virtuelle HV hinein nicht möglich ist (auch Nachfragen zu gestellten Fragen nicht)
- Anträge
 - Fiktionslösung entwickelte sich im Laufe der Saison der meistverwendete Standard
 - Juristische Diskussionen über den Zeitpunkt, bis zu dem ein Antrag gestellt sein musste
 - Mehrheit bezog sich auf veröffentlichungspflichtige Anträge, deutlich weniger auf bis kurz vor der HV gestellte Anträge
 - Die „veröffentlichungspflichtige“-Variante wurde in der Dezember-Adjustierung der Notgesetzgebung festgeschrieben
 - Kritik, dass Geschäftsordnungsanträge unmöglich sind
- Vorschlag: die HV über die Durchführungsart der jeweils nächsten HV abstimmen lassen (Präsenz-HV oder virtuelle HV)

DSW – Deutsche Schutzgemeinschaft für Wertpapierbesitz e.V.

- **Möglichkeiten zur Optimierung virtueller Hauptversammlungen**
Quelle: stocks & standards Virtual Talk „Hauptversammlungssaison 2021“
 - **Informationsrechte stärken / Interaktion ermöglichen / Prozesse aktionärsfreundlich gestalten**
 - Aussagekräftige Reden des VV und ARV einige Tage vor Auslaufen der Fragenfrist veröffentlichen
 - Redebeiträge der Aktionäre veröffentlichen / Videostatements der Aktionäre/Stakeholder in der HV zeigen
 - IR-Chat mit Aktionären während der HV
 - Abstimmung über Anträge im Formular vorsehen
 - **Fragerecht und Fragenerfassung**
 - Frage und Antwort nicht vom gleichen Redner
 - Fragen bei der Beantwortung (ggf. mit Foto des Fragestellers) einblenden
 - Fragerecht in die HV hinein und damit nach den Reden der Verwaltung
 - Fragen und Antworten nachträglich auf der Homepage veröffentlichen
 - Fragenerfassung komfortabel gestalten
 - Keine Zeichenbeschränkung unter 5.000 Zeichen. Sonderzeichen sowie Copy & Paste zulassen

Mehr Mut zur Interaktion während der HV – technische Möglichkeiten (I)

- Debattenteilnahme
 - durch Fragen oder Textbeiträge online
 - Bearbeitung durch ein dezentrales Q&A-Backoffice über ein Redakteur-System, das die Aufbereitung ermöglicht
- Einsicht in das Teilnehmerverzeichnis



Übersicht

Sobald der Versammlungsleiter eine Abstimmung eröffnet, steht Ihnen die Abstimmung unter dem Punkt "Zur Stimmabgabe" zur Verfügung. Bitte achten Sie auf die Anweisungen des Versammlungsleiters während der Mitgliederversammlung.

Dr. Karl Demomann Berlin Angemeldet Stimme(n): 10 <input type="button" value="Zur Stimmabgabe"/>	Momentan liegt uns noch keine Stimmabgabe von Ihnen vor. Sie vertreten 10 Stimme(n).
--	--

Gerne können Sie sich an unserer Debatte beteiligen. Bitte reichen Sie Ihre Fragen unter dem Punkt "Debatte" ein.

Damit Sie unserer Mitgliederversammlung in Bild- und Ton folgen können, starten Sie bitte den Live-Stream über den Punkt "Übertragung der Mitgliederversammlung". Der Stream öffnet sich in einem gesonderten Browser-Fenster, so dass Ihnen die hier angebotenen Aktionen weiterhin zur Verfügung stehen.

[Nutzungshinweise](#) [Datenschutzhinweise](#) [Kontakt/Hilfe](#) [Impressum](#)

© 2020 Better Orange IR & HV AG

Mehr Mut zur Interaktion während der HV – technische Möglichkeiten (II)

- Fragen bis in die virtuelle HV hinein bei der Weng Fine Art AG, HV am 18. Dezember 2020
 - durch Fragen online
 - Bearbeitung durch ein dezentrales Q&A-Backoffice über ein Redakteur-System, das die Aufbereitung ermöglicht

6. **Auskunftsrecht nach § 131 Abs. 1 AktG i.V.m. Art. 2 § 1 Abs. 2 COVID-19-Gesetz**

Aktionäre, die sich ordnungsgemäß zur Hauptversammlung angemeldet haben, haben die Möglichkeit, im Wege der elektronischen Kommunikation Fragen zu stellen (§ 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, Satz 2 COVID-19-Gesetz). Auf der Grundlage von § 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, Satz 2 2. Halbsatz COVID-19-Gesetz hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats entschieden, dass Fragen bis zum 15. Dezember 2020, 24:00 Uhr, über die dafür vorgesehene Eingabemaske im passwortgeschützten Internetservice, zugänglich über die Internetadresse

www.wengfineart.com/investor-relations/annual-general-meeting

gemäß den dafür vorgesehenen Verfahren eingereicht werden können. Zusätzlich können Fragen in der virtuellen Hauptversammlung am 18. Dezember 2020 über die dafür vorgesehene Eingabemaske im passwortgeschützten Internetservice gemäß den dafür vorgesehenen Verfahren bis zu einem vom Versammlungsleiter festgelegten Zeitpunkt während der virtuellen Hauptversammlung gestellt werden. Auf anderem Wege oder später eingereichte Fragen bleiben unberücksichtigt. Eine Beantwortung der eingereichten Fragen erfolgt nach pflichtgemäßem Ermessen des Vorstands. Der Vorstand behält sich vor, Fragen vorab auf der Internetseite der Gesellschaft zu beantworten.

HAUPTVERSAMMLUNG // VIRTUELLE HAUPTVERSAMMLUNG

Mehr Mut zur Interaktion während der HV – technische Möglichkeiten (III)

- Debattenteilnahme
 - durch Live-Zuschaltung der Teilnehmer per Telefon

Mitglieds-Nr. 24
Dr. Marcus Graf
München
Einzelmitglied

Logout

- Rednerlistenanzeige, um angemessene Vorbereitung auf den Aufruf zu ermöglichen
- Aufnahme der Fragen durch Stenografen
- Bearbeitung durch ein dezentrales Q&A-Backoffice

Teilnahme an der Generalversammlung

Mitgliedsnummer: 24
Dr. Marcus Graf
München

Derzeit in der Generalversammlung anwesend

Verlassen des Online-Versammlungsraums

Bild- und Tonübertragung der Versammlung verfolgen

Einsicht in die Versammlungsunterlagen

Wortmeldungen, Anzeige der Rednerliste

Stimme abgeben



HAUPTVERSAMMLUNG // VIRTUELLE HAUPTVERSAMMLUNG

Mehr Mut zur Interaktion während der HV – technische Möglichkeiten (IV)

- Live-Abstimmung auch zu während der Versammlung gestellten Anträgen möglich

Abstimmung

Die Abstimmung ist nun eröffnet. Bitte geben Sie Ihre Stimme unter "Stimmabgabe" ab.

Stimmabgabe

Zurück

Logout

[Nutzungshinweise](#) [Datenschutzhinweise](#) [Kontakt/Hilfe](#) [Impressum](#)

© 2020 Better Orange IR & HV AG

- Differenziertes Stimmverhalten bei Vertretung mehrerer Bestände möglich

Stimmabgabe

Mitglied 1

Um dieses Mitglied für die Stimmabgabe auszuwählen, setzen Sie bitte diesen Haken.

Mitglied 2

Um dieses Mitglied für die Stimmabgabe auszuwählen, setzen Sie bitte diesen Haken.

Einheitliche Stimmabgabe für alle aufgelisteten Mitglieder

Einzelne Stimmabgabe für oben ausgewählte Mitglieder

Stimmabgabe beenden



Virtuelle HV als Online-HV - wie geht das?

- Die echte Online-HV ist im Rahmen der Notgesetzgebung als Variante der virtuellen HV zulässig
- Die vorgestellten hauptsächlich bei Vereinen und Genossenschaften eingesetzten Lösungen ermöglichen ebenso die Durchführung der echten Online-HV

Hybrid als Zukunftsmodell

- Fraglich, ob der Gesetzgeber im Bundestags-Wahljahr die virtuelle HV in die Dauergesetzgebung überführt
- Hybride Variante bleibt dann als präferierter Weg, um die guten Erfahrungen mit der virtuellen HV über eine meist ökologisch zu präferierende Fernteilnahme wenigstens teilweise nutzen zu können
 - Präsenz-HV mit ergänzender Portallösung
 - Streaming der gesamten HV über das Portal
 - Fragen ggf. ausschließlich vor der HV über das Portal denkbar mit Antworten live in der HV vor Ort
 - Fragen live während der HV vor Ort
 - Antworten live vor Ort
 - Anträge ausschließlich vor Ort
 - Abstimmungsmöglichkeit über das Portal und vor Ort

ARUG II

NEUE INFORMATIONEN- UND HAUPTVERSAMMLUNGSPROZESSE

ARUG II // NEUE INFORMATIONEN- UND HAUPTVERSAMMLUNGSPROZESSE

SRD II - ZIEL: Verbesserung der Informationsprozesse zwischen Emittent und Aktionär und zurück

- **Push-Mitteilungen vom Emittenten zum „wahren“ Aktionär für Unternehmensereignisse** (z.B. Gewinnausschüttungen, Hauptversammlung)
 - **Grenzüberschreitend**
 - **Schnell**, taffe Zeitvorgaben
 - **Vollautomatische Abwicklung mit standardisierten Formaten** [Tabellen 1 bis 8 im Anhang der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212]
 - **Durchgehend elektronische/digitale und maschinenlesbare Informationsübermittlung**
 - Bei Inhaberaktien und Namensaktien, für die ein Intermediär als Nominee im Aktienregister eingetragen ist
 - Vom Emittenten (oder einem von diesem beauftragten Dritten) über den Zentralverwahrer und die Intermediärskette hin zum Aktionär
 - *Nachrichtlich bei Namensaktien: Direkt-Push-Kommunikation des Emittenten mit den im Aktienregister eingetragenen Aktionären*
 - **Verpflichtung für Intermediäre, Willenserklärungen des Aktionärs an den Emittenten zurückzumelden**
 - Mittelbar über die Intermediärskette zurück zum Emittenten
 - *(Unmittelbar und direkt vom Aktionär zum Emittenten)*
- ⇒ **Nationale Umsetzung durch ARUG II in § 67a bis 67f AktG und neuen § 125 AktG mit Verweise auf Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212**

Europäische SRD II – Nationales ARUG II

EUROPA (EU)

- **SRD II:** Richtlinie (EU) 2017/828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 zur Änderung der Richtlinie 2007/36/EG vom 11. Juli 2007
 - Umzusetzen in nationales Recht bis zum 10. Juni 2019
 - Adressaten: **Emittenten am geregelten Markt**
 - Ziel: Förderung der langfristigen Mitwirkung der Aktionäre

- **Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212** der Kommission vom 3. September 2018 zur Festlegung von Mindestanforderungen zur Umsetzung der Bestimmungen der Richtlinie 2007/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rats in Bezug auf die Identifizierung der Aktionäre, die Informationsübermittlung und die Erleichterung der Ausübung der Aktionärsrechte

DEUTSCHLAND

- **ARUG II:** Gesetz zur Umsetzung der zweiten Aktionärsrechterichtlinie vom 12. Dezember 2019
 - Grundsätzliches Inkrafttreten am 1. Januar 2020
 - Unterschiedliche Übergangsvorschriften, z.B.
 - (4) Die §§ 67, 67a bis 67f, 118, 121, 123, 125, 128, 129, 186 Absatz 2 Satz 1, § 214 Absatz 1 Satz 2, § 243 Absatz 3, § 246a Absatz 2 Nummer 2 und § 405 Absatz 2a Nummer 1 bis 5 und 7 des Aktiengesetzes in der ab dem 1. Januar 2020 geltenden Fassung sind erst ab dem **3. September 2020** anzuwenden und sind erstmals auf Hauptversammlungen anzuwenden, die nach dem 3. September 2020 einberufen werden.

- **Direkte Verweise** im Aktiengesetz (AktG) auf die Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212

Regelungstatbestände durch ARUG II in § § 67a bis 67f AktG und § 125 AktG neu

- Push-Kommunikation von bestimmten Unternehmensereignissen (z.B. Gewinnausschüttungen, Hauptversammlung) in § § 67a, 67b, 67c AktG, wobei für Informationen zur Einberufung der Hauptversammlung (zusätzlich?!) § 125 AktG gilt.
- Spezialregelungen für Hauptversammlungen:
 - Mitteilung an Aktionäre über Einberufung der HV § 125 AktG
 - Nachweis des Anteilsbesitzes (Inhaberaktien) § 67c AktG
 - Anmeldung § § 67c, 123 AktG
 - Stimmbestätigung
 - Bestätigung der Stimmgabe bei elektronischer Ausübung des Stimmrechts (Online-Teilnahme, elektronische Briefwahl) § 118 AktG
 - Nach der HV und auf Anforderung: Stimmbestätigung an den „Abstimmenden“ § 129 Abs. 5 AktG
- Aktionärsidentifikationsmöglichkeiten für Emittenten § § 67d, 67e AktG
- Kostenregelungen § 67f AktG

- Gemäß § 243 Abs. 3 Nr. 2 AktG **keine Anfechtbarkeit von HV-Beschlüssen** bei Verstößen gegen Verpflichtungen aus § § 67a und 67b AktG
- Ggf. Schadensersatzanspruch aus § 280 I BGB, § 31 BGB
- Vorschriften unterliegen nicht der BaFin-Überwachung

Anforderungen der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212 an Informationsübermittlung

Artikel 2 Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212

Standardisierte Formate, Interoperabilität und Sprachen

- (1) Die Intermediäre übermitteln die in den Artikeln 3 bis 8 genannten Informationen **in den im Anhang [Ergänzung des Autors: mit den Tabellen 1 bis 8] festgelegten standardisierten Formaten**; sie enthalten die Mindestangaben und entsprechen den im Anhang festgelegten Anforderungen.
- (2) Die Informationen der Emittenten für die Intermediäre, die über die Intermediärskette an die Aktionäre zu übermitteln sind, **haben ein Format, das eine Verarbeitung gemäß Absatz 3** ermöglicht.
Der Emittent stellt die Informationen in der **Sprache** zur Verfügung, in der er seine Finanzinformationen gemäß der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (4) veröffentlicht, **sowie in einer in internationalen Finanzkreisen gebräuchlichen Sprache, es sei denn, dies ist aufgrund seiner Aktionärsstruktur nicht gerechtfertigt.**
- (3) Die Übermittlungen **zwischen den Intermediären** erfolgen **in elektronischen und maschinenlesbaren Formaten, die die Interoperabilität und vollautomatisierte Abwicklung ermöglichen und international geltenden Industriestandards wie ISO oder mit ISO kompatiblen Methoden** entsprechen.
- (4) Die Intermediäre gewähren den Aktionären, die keine Intermediäre sind, Zugang zu allen Informationen sowie zu allen Verfahren für Aktionärsmaßnahmen durch allgemein verfügbare Instrumente und Fazilitäten, sofern die Aktionäre nichts anderes vereinbart haben. Die Intermediäre stellen sicher, dass diese Instrumente und Fazilitäten die Verarbeitung von Aktionärsmaßnahmen gemäß Absatz 3 ermöglichen.

Umsetzung der Anforderungen der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212 durch vier europäische Task Forces

- Vier europäische Task Forces bemühen sich (teilweise immer noch) um die Vereinbarung europäischer Marktstandards für
 - Aktionärsidentifikation
 - Hauptversammlungsprozesse
 - Golden Operational Record (= standardisierte Meldung)
 - für Unternehmensereignisse und
 - Hauptversammlung
 - ISO-Nachrichtenstandards für die Übermittlung von Informationen

- Marktstandards abrufbar unter <https://www.ebf.eu/home/european-industry-standards/srd-ii-market-standards/>

Standard	Description	Status
ISO 15926-1	ISO 15926-1:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 1: Overview and principles	Adopted
ISO 15926-2	ISO 15926-2:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 2: Data models	Adopted
ISO 15926-3	ISO 15926-3:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 3: Data exchange	Adopted
ISO 15926-4	ISO 15926-4:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 4: Data exchange	Adopted
ISO 15926-5	ISO 15926-5:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 5: Data exchange	Adopted
ISO 15926-6	ISO 15926-6:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 6: Data exchange	Adopted
ISO 15926-7	ISO 15926-7:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 7: Data exchange	Adopted
ISO 15926-8	ISO 15926-8:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 8: Data exchange	Adopted
ISO 15926-9	ISO 15926-9:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 9: Data exchange	Adopted
ISO 15926-10	ISO 15926-10:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 10: Data exchange	Adopted
ISO 15926-11	ISO 15926-11:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 11: Data exchange	Adopted
ISO 15926-12	ISO 15926-12:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 12: Data exchange	Adopted
ISO 15926-13	ISO 15926-13:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 13: Data exchange	Adopted
ISO 15926-14	ISO 15926-14:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 14: Data exchange	Adopted
ISO 15926-15	ISO 15926-15:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 15: Data exchange	Adopted
ISO 15926-16	ISO 15926-16:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 16: Data exchange	Adopted
ISO 15926-17	ISO 15926-17:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 17: Data exchange	Adopted
ISO 15926-18	ISO 15926-18:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 18: Data exchange	Adopted
ISO 15926-19	ISO 15926-19:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 19: Data exchange	Adopted
ISO 15926-20	ISO 15926-20:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 20: Data exchange	Adopted
ISO 15926-21	ISO 15926-21:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 21: Data exchange	Adopted
ISO 15926-22	ISO 15926-22:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 22: Data exchange	Adopted
ISO 15926-23	ISO 15926-23:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 23: Data exchange	Adopted
ISO 15926-24	ISO 15926-24:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 24: Data exchange	Adopted
ISO 15926-25	ISO 15926-25:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 25: Data exchange	Adopted
ISO 15926-26	ISO 15926-26:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 26: Data exchange	Adopted
ISO 15926-27	ISO 15926-27:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 27: Data exchange	Adopted
ISO 15926-28	ISO 15926-28:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 28: Data exchange	Adopted
ISO 15926-29	ISO 15926-29:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 29: Data exchange	Adopted
ISO 15926-30	ISO 15926-30:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 30: Data exchange	Adopted
ISO 15926-31	ISO 15926-31:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 31: Data exchange	Adopted
ISO 15926-32	ISO 15926-32:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 32: Data exchange	Adopted
ISO 15926-33	ISO 15926-33:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 33: Data exchange	Adopted
ISO 15926-34	ISO 15926-34:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 34: Data exchange	Adopted
ISO 15926-35	ISO 15926-35:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 35: Data exchange	Adopted
ISO 15926-36	ISO 15926-36:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 36: Data exchange	Adopted
ISO 15926-37	ISO 15926-37:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 37: Data exchange	Adopted
ISO 15926-38	ISO 15926-38:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 38: Data exchange	Adopted
ISO 15926-39	ISO 15926-39:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 39: Data exchange	Adopted
ISO 15926-40	ISO 15926-40:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 40: Data exchange	Adopted
ISO 15926-41	ISO 15926-41:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 41: Data exchange	Adopted
ISO 15926-42	ISO 15926-42:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 42: Data exchange	Adopted
ISO 15926-43	ISO 15926-43:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 43: Data exchange	Adopted
ISO 15926-44	ISO 15926-44:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 44: Data exchange	Adopted
ISO 15926-45	ISO 15926-45:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 45: Data exchange	Adopted
ISO 15926-46	ISO 15926-46:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 46: Data exchange	Adopted
ISO 15926-47	ISO 15926-47:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 47: Data exchange	Adopted
ISO 15926-48	ISO 15926-48:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 48: Data exchange	Adopted
ISO 15926-49	ISO 15926-49:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 49: Data exchange	Adopted
ISO 15926-50	ISO 15926-50:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 50: Data exchange	Adopted
ISO 15926-51	ISO 15926-51:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 51: Data exchange	Adopted
ISO 15926-52	ISO 15926-52:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 52: Data exchange	Adopted
ISO 15926-53	ISO 15926-53:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 53: Data exchange	Adopted
ISO 15926-54	ISO 15926-54:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 54: Data exchange	Adopted
ISO 15926-55	ISO 15926-55:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 55: Data exchange	Adopted
ISO 15926-56	ISO 15926-56:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 56: Data exchange	Adopted
ISO 15926-57	ISO 15926-57:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 57: Data exchange	Adopted
ISO 15926-58	ISO 15926-58:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 58: Data exchange	Adopted
ISO 15926-59	ISO 15926-59:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 59: Data exchange	Adopted
ISO 15926-60	ISO 15926-60:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 60: Data exchange	Adopted
ISO 15926-61	ISO 15926-61:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 61: Data exchange	Adopted
ISO 15926-62	ISO 15926-62:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 62: Data exchange	Adopted
ISO 15926-63	ISO 15926-63:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 63: Data exchange	Adopted
ISO 15926-64	ISO 15926-64:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 64: Data exchange	Adopted
ISO 15926-65	ISO 15926-65:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 65: Data exchange	Adopted
ISO 15926-66	ISO 15926-66:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 66: Data exchange	Adopted
ISO 15926-67	ISO 15926-67:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 67: Data exchange	Adopted
ISO 15926-68	ISO 15926-68:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 68: Data exchange	Adopted
ISO 15926-69	ISO 15926-69:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 69: Data exchange	Adopted
ISO 15926-70	ISO 15926-70:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 70: Data exchange	Adopted
ISO 15926-71	ISO 15926-71:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 71: Data exchange	Adopted
ISO 15926-72	ISO 15926-72:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 72: Data exchange	Adopted
ISO 15926-73	ISO 15926-73:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 73: Data exchange	Adopted
ISO 15926-74	ISO 15926-74:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 74: Data exchange	Adopted
ISO 15926-75	ISO 15926-75:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 75: Data exchange	Adopted
ISO 15926-76	ISO 15926-76:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 76: Data exchange	Adopted
ISO 15926-77	ISO 15926-77:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 77: Data exchange	Adopted
ISO 15926-78	ISO 15926-78:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 78: Data exchange	Adopted
ISO 15926-79	ISO 15926-79:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 79: Data exchange	Adopted
ISO 15926-80	ISO 15926-80:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 80: Data exchange	Adopted
ISO 15926-81	ISO 15926-81:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 81: Data exchange	Adopted
ISO 15926-82	ISO 15926-82:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 82: Data exchange	Adopted
ISO 15926-83	ISO 15926-83:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 83: Data exchange	Adopted
ISO 15926-84	ISO 15926-84:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 84: Data exchange	Adopted
ISO 15926-85	ISO 15926-85:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 85: Data exchange	Adopted
ISO 15926-86	ISO 15926-86:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 86: Data exchange	Adopted
ISO 15926-87	ISO 15926-87:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 87: Data exchange	Adopted
ISO 15926-88	ISO 15926-88:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 88: Data exchange	Adopted
ISO 15926-89	ISO 15926-89:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 89: Data exchange	Adopted
ISO 15926-90	ISO 15926-90:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 90: Data exchange	Adopted
ISO 15926-91	ISO 15926-91:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 91: Data exchange	Adopted
ISO 15926-92	ISO 15926-92:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 92: Data exchange	Adopted
ISO 15926-93	ISO 15926-93:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 93: Data exchange	Adopted
ISO 15926-94	ISO 15926-94:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 94: Data exchange	Adopted
ISO 15926-95	ISO 15926-95:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 95: Data exchange	Adopted
ISO 15926-96	ISO 15926-96:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 96: Data exchange	Adopted
ISO 15926-97	ISO 15926-97:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 97: Data exchange	Adopted
ISO 15926-98	ISO 15926-98:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 98: Data exchange	Adopted
ISO 15926-99	ISO 15926-99:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 99: Data exchange	Adopted
ISO 15926-100	ISO 15926-100:2018 Petroleum and natural gas industries — Basic structure for data exchange — Part 100: Data exchange	Adopted

- Bankenverband erstellt und aktualisiert laufend „Interpretationshilfen zur Umsetzung der neuen Pflichten für Intermediäre aus der Aktionärsrechterichtlinie II und dem ARUG II“, abrufbar unter <https://bankenverband.de/service/auslegungs-und-anwendungshinweise/>

Empfohlene Kommunikationsstandards für Umsetzung der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212

- Empfehlungen der Europäischen Task Forces bzgl. des zu nutzenden **Kommunikationsstandards**:
 - für Hauptversammlungen: **ISO Standard 20022** für die Mitteilung über die Hauptversammlung (Tabelle 3), die Anmeldung (Tabelle 5), die Bestandsbestätigung (Tabelle 4) und die Stimmrechtbestätigung (Tabellen 6 und 7)
 - für Shareholder Identification: **ISO Standard 20022** für die Antrag auf Offenlegung von Informationen über die Identität von Aktionären (Tabelle 1) und Beantwortung eines Antrags auf Offenlegung von Informationen über die Identität von Aktionären (Tabelle 2)
 - für Mitteilung von Unternehmensmitteilungen (außer HV): **ISO Standard 15022** für die Mitteilung von anderen Unternehmensereignissen als Hauptversammlungen (Tabelle 8)

Aktuelle Umsetzungsprobleme bzgl. der Informationsprozesse zwischen Emittent und Aktionär und zurück

- Die Umsetzung von SRD II in nationales Recht ist noch nicht in allen Mitgliedsstaaten erfolgt. Damit gibt es innerhalb der Mitgliedsstaaten (noch) keinen einheitlichen Rechtsrahmen.
- In den nationalen Kapitalmärkten der einzelnen Mitgliedsstaaten gibt es z.T. sehr heterogene Marktusancen und Auslegungen.
- „Mängel“ in der Übersetzung von SRD II und Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212 führen zu Verständnisproblemen und Auslegungsinterpretationen.
- Die Datenfelder der Tabellen in der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212 sind teilweise nicht konsistent und ausreichend. Deutsche Besonderheiten des AktG sind in den Tabellen nicht abbildbar.
- Heterogene Systemlandschaft bei den Intermediären mit (noch) nicht einheitlichen Kommunikationsstandards
- Herausforderung: einheitliche Auslegung und Anwendung der Codes
- **Problem: Elektronische Erreichbarkeit der Aktionäre** ist sehr oft nicht gegeben und (von Depotkunden und/oder z.T. Banken) nicht gewünscht. Die vorhandenen Systeme sind oftmals nur eine reine Informationsplattform (Postfach: Einweg-Kommunikation) und ermöglichen keine Rückmeldungen (Zwei-Wege-Kommunikation) => Medienbrüche und Zeitverzögerungen
- Neue „zentrale“ Rolle des Zentralverwahrers in den Kommunikationsprozessen. **Clearstream ist noch nicht ARUG II-ready!**
- SRD II und ARUG II gelten nur für börsennotierte Gesellschaften, deren Aktien am regulierten Markt zugelassen sind. Es gibt sehr viele offene und ungeklärte Fragen **für die nicht-börsennotierte, aber kapitalmarktnahe Gesellschaft** mit gelisteten Aktien!

ARUG II: Neue Push-Mitteilungspflichten für Emittenten (§ 67a AktG) und Intermediäre (§ 67b AktG) für Corporate Actions

- **Aktive Push-Mitteilungspflicht für börsennotierte Emittenten** gemäß § 67a AktG für bestimmte „Unternehmensereignisse“ (Corporate Actions) hin zum „wahren“ Aktionär
 - **Ausnahme:** wenn und soweit der Aktionär diese Informationen von anderer Seite erhalten hat
 - bei Inhaberaktien über die Intermediäre hin zum „wahren“ Aktionär und
 - bei Namensaktien an die im Aktienregister Eingetragenen. Weiterleitungspflicht für Intermediäre, die statt dem „wahren“ Aktionär (beneficial owner) als Stellvertreter (Nominee) im Aktienregister eingetragen sind.
 - **Praxishinweis des Bankenverbands:** Die Informationsübermittlung bei Unternehmensereignissen vom Emittenten an den Aktionär und zurück erfolgt sowohl bei Inhaberaktiengesellschaften als auch bei **Namensaktiengesellschaften** grundsätzlich über die Intermediärskette.
- **Zentrale Weiterleitungs- und Übermittlungsverpflichtung der Intermediäre** gemäß § § 67a Abs. 3, 67b AktG für erhaltenen Informationen über bestimmte „Unternehmensereignisse“ über die Intermediärskette und den Letztintermediär bis zum „wahren“ Aktionär
 - „**Intermediär**“ = eine Person, die Dienstleistungen der Verwahrung oder der Verwaltung von Wertpapieren oder der Führung von Depotkonten für Aktionäre erbringt (§ 64a Abs. 4 AktG)
 - „**Intermediär in der Kette**“ ist ein Intermediär, der Aktien der Gesellschaft für einen anderen Intermediär verwahrt.
 - „**Letztintermediär**“ ist, wer als Intermediär für einen Aktionär Aktien einer Gesellschaft verwahrt. (§ 64a Abs. 5 AktG)

Corporate Actions: Welche Unternehmensereignisse nach § 67a AktG sind zu „pushen“?

- „**Unternehmensereignis**“ gemäß § 67a Abs. 6 AktG i.V.m. Artikel 1 Nummer 3 der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212
= eine vom Emittenten oder einem [Ergänzung des Autors: vom Emittenten beauftragten] Dritten initiierte Maßnahme, die die Ausübung der mit den Aktien verbundenen Rechte beinhaltet und die zugrunde liegende Aktie beeinflussen kann.
- **Praxishinweise des Bankenverbands:**
 - Jede Information über ein Unternehmensereignis, die die zugrunde liegende Aktien beeinflussen kann, ist an die Intermediäre zu übermitteln.
 - Gewinnausschüttung, alle freiwilligen Kapitalmaßnahmen, wie z.B. Kapitalerhöhungen mit oder ohne Bezugsrechte, alle obligatorischen Kapitalmaßnahmen, wie Aktiensplits.
 - Unabhängig davon, ob das Unternehmensereignis eine Mitwirkung des Aktionärs erfordert, um wirksam zu werden oder nicht.
 - Intermediäre werden dadurch in die Lage versetzt, ihre vielfältigen gesetzlichen und/oder vertraglichen Pflichten zu erfüllen.
 - Ob diese Informationen vom Intermediär immer auch an Retailkunden weiterzureichen sind, ist eine gesondert zu betrachtende Frage
 - Nicht meldepflichtige Unternehmensereignisse:
 - gesetzliche Abfindungs- und Umtauschangebote WpÜG,
 - freiwillige Kauf- und Umtauschangebote von nicht beauftragten Dritten außerhalb des Anwendungsbereichs des WpÜG
 - Weiter zu beachten: zusätzliche **Bekanntmachungspflichten des Emittenten nach § 49 Abs. 1 Nr. 2 WpHG** im Bundesanzeiger!

Corporate Actions: Anforderungen gemäß § 67a Abs. 2 AktG an Push-Mitteilungspflichten von Unternehmensereignissen

- Die Informationen können durch **beauftragte Dritte** übermittelt werden
 - WM-SRD II HUB
 - DPAii
Deutsche Plattform für Aktionärsidentifikation und -information
- Die Informationen sind den Intermediären **elektronisch** zu übermitteln
- **Format, Inhalt und Frist** der Informationsübermittlung nach den Anforderungen der **Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212**
- **Emittent** muss Information über das Unternehmensereignis rechtzeitig und **spätestens am Geschäftstag**, an dem er nach geltendem Recht das Unternehmensereignis **bekannt** gibt, zur Verfügung stellen
- **Strenges Fristenregime für Intermediäre**: Grundsatz: **taggleiche** Weiterleitung/Verarbeitung
 - unverzüglich und spätestens bis zum Ende des Geschäftstags, an dem sie die Informationen erhalten haben
 - Erhält der Intermediär die Informationen während seines Geschäftstags nach 16.00 Uhr, so übermittelt er die Informationen unverzüglich und spätestens bis 10.00 Uhr am folgenden Geschäftstag

➤ **Praxishinweis des Bankenverbands: Ausdrückliche Empfehlung der Beauftragung eines Dienstleisters durch den Emittenten (Interoperabilität und Sicherstellung der vollautomatisierte Abwicklung (z.B. ISO 15022))**

Corporate Actions: Inhalt der Information über ein Unternehmensereignis (nicht Hauptversammlung)

- **Format, Inhalt und Frist** der Informationsübermittlung nach den Anforderungen der **Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212**, Art. 8 und Tabelle 8 des Anhangs
- Belegung der Felder gemäß Vorgaben der europäischen Marktstandards der Task Force Golden Operational Record (*ISO 15022*)
- Ausfüllmöglichkeiten für den Emittenten:
 - Nur Block A der Tabelle 8 unter Angabe des Hyperlink zur Unternehmenswebseite mit den weiteren relevanten Daten, die der Intermediär benötigt, um seine Pflichten aus dem ARUG II zu erfüllen und der Aktionär, um seine Aktionärsrechte auszuüben (Verweislösung)
 - Alle Blöcke (A bis C) Tabelle 8 Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212
 - **Empfehlung des Bankenverbands: Beides! Emittenten sollten alle Blöcke A bis C der Tabelle 8 befüllen und zusätzlich den Hyperlink liefern.**

Tabelle 8
Mitteilung von anderen Unternehmensereignissen als Hauptversammlungen

Hier die Emittent gemäß Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe 5 und Absatz 2 der Richtlinie 2007/36/EG die Aktionäre auf seiner Website über andere Unternehmensereignisse als Hauptversammlungen informieren, wenn auch die in der nachfolgenden Tabelle genannten Angaben und Datensets nicht, sofern sie für die Kapitalmarkt relevant sind, so muss die Mitteilung der Unternehmensereignisse zur Block A sowie den URL-Hyperlink zu der Website enthalten, auf der die Informationen zu finden ist.

Art der Informationen	Beschreibung	Format	Verfall der Daten
A. Angabe des Unternehmensereignisses			
1. Eindeutige Kennung des Unternehmensereignisses	Eindeutige Nummer	[1] alphanumerische Zeichen	Einmal oder von einem bestimmten Datum
2. Art des Unternehmensereignisses	Angabe der Art des Unternehmensereignisses, z. B. Gewinnausschüttung, Übernahmeangebot des Abkömmlings des Emittenten	[2] alphanumerische Zeichen	Einmal oder von einem bestimmten Datum
3. ISIN	Definition: ISIN der zugrunde liegenden Aktie	[1] alphanumerische Zeichen	Einmal
4. ISIN	Obj. ISIN des Investmentfonds oder -fonds	[1] alphanumerische Zeichen	Einmal
5. URL	URL-Hyperlink zu der Website, auf der Aktionäre Zugang zu den vollständigen Informationen zum Unternehmensereignis haben	[2] alphanumerische Zeichen	Einmal
B. Wichtige Daten zum Unternehmensereignis (nur anzufragen, wenn sie sich auf das jeweilige Unternehmensereignis beziehen)			
1. Letzter Teilnahmestapel	Definition	[Datum (YYYY-MM-DD)]	Einmal innerhalb
2. Anzeigebereich	Definition	[Datum (YYYY-MM-DD)]	Einmal innerhalb
3. Ausbrechungsdatum	Definition	[Datum (YYYY-MM-DD)]	Einmal
4. Beginn des Wahlbestimmens	Definition	[Datum (YYYY-MM-DD)]	Einmal
5. Ende des Wahlbestimmens	Definition	[Datum (YYYY-MM-DD)]	Einmal
6. Einsetzungsdatum	Definition	[Datum (YYYY-MM-DD), UTC, ISO8601, Wahlzeit]	Einmal
7. Auswahldatum	Definition	[Datum (YYYY-MM-DD)]	Einmal
8. Wahl-Charakter	Definition	[Datum (YYYY-MM-DD)]	Innerhalb
C. Angabe der Wahlen, so diese der Aktionäre teilnehmen können (optionaler Block, ggf. für jede ISIN separat)			
1. Alternative Optionen für Aktionäre	Angabe der Optionen	[10] alphanumerische Zeichen	Einmal

Corporate Actions: Weiterleitung von Informationen über Unternehmensereignisse an Aktionär (I)

- Der Letztintermediär hat dem Aktionär die nach § 67a Absatz 1 Satz 1 erhaltenen Informationen zu übermitteln. (§ 67b AktG)
- **Institutionelle Kunden** der Intermediäre erhalten grundsätzlich alle Informationen (Annahme: ISO 15022-Kommunikation möglich)
- **Retailkunden** der Intermediäre:
 - Freiwillige Kapitalmaßnahmen (ohne gesetzliche und freiwillige Kauf- und Umtauschangebote):
„Retailkunden (Aktionäre) müssen nur über solche Unternehmensereignisse informiert werden, die eine Mitwirkung (Willenserklärung) der Aktionäre erfordern (freiwillige Kapitalmaßnahmen), denn erst durch die Information über das Unternehmensereignis wird der Aktionär in die Lage versetzt, seine Rechte aus der Aktie ausüben zu können.“
 - Obligatorische Kapitalmaßnahmen, Dividendenzahlungen und andere Ereignisse ohne Auswirkung auf Aktionärsrechte:
 - Information ausschließlich über die Buchungsanzeige/Abrechnung

Corporate Actions: Weiterleitung von Informationen über Unternehmensereignisse an Aktionär (II)

- **Retailkunden** der Intermediäre:
 - **Empfehlungen des Bankenverbands** hinsichtlich der **Frist (letzte Meile):**
 - Steht ein elektronischer Kommunikationsweg zum Aktionär nicht zur Verfügung, ist die **schriftliche** Informationsübermittlung vom Letztintermediär zum Aktionär mit den daraus typischerweise verbundenen Verzögerungen als fristgemäß und nicht als schuldhaftes Zögern anzusehen, auch wenn damit nicht dem Grundsatz der taggleichen Verarbeitung und Weiterleitung der Information entsprochen wird.
 - Auch bei der **elektronischen Unterrichtung des Aktionärs** durch ein elektronisches Postfach, in das z.B. eine PDF-Datei eingestellt werden kann, kann die zur Informationsübermittlung erforderliche Erstellung eines Fließtextes aus dem ISO-Format und dessen Übertragung in eine Onlinebanking-Anwendung zu einer zeitlichen Verzögerung führen, die dennoch als fristgemäß anzusehen ist.
- **Festsetzung von Fristen durch Intermediäre** bei einer vorgegebenen Emittentenfrist (z.B. letzter Anmeldetag):
 - Intermediäre sollen den Weisungstermin für Depotkunden (Aktionäre) nicht früher als drei Tage vor der Emittentenfrist (sog. Market Deadline) festsetzen
 - „In den Fällen, in denen die Aktionäre aufgrund einer kurz bemessenen Emittentenfrist nicht mehr rechtzeitig unterrichtet werden können, um ihre Aktionärsrechte auszuüben, sollte eine Informationsweitergabe vom Letztintermediär unterbleiben dürfen. Hierbei kann eine differenzierte Behandlung von elektronisch erreichbaren Kunden und nur postalisch erreichbaren Kunden angezeigt sein.“

Corporate Actions: (Rück-)Übermittlungsverpflichtungen für Letztintermediäre nach § 67c AktG

- „Rückmeldungsverpflichtung“ des Letztintermediärs für „Aktionärsmaßnahmen“ des Aktionärs einer börsennotierten Gesellschaft zurück an die Gesellschaft
 - „Aktionärsmaßnahmen“ gemäß § 67c Abs. 1 AktG i.V.m. Artikel 1 Nummer 5 der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212
= jede Antwort, Anweisung oder sonstige Reaktion des Aktionärs oder eines vom Aktionär nach geltendem Recht benannten Dritten zum Zweck der Ausübung der mit den Aktien verbundenen Aktionärsrechte bei einem Unternehmensereignis
- Übermittlung entweder **direkt** an die Gesellschaft oder Weiterleitung an den **jeweils nächsten Intermediär in der Kette**. Diese gilt ausdrücklich auch für die Weiterleitung von Weisungen des Aktionärs zur Ausübung von Rechten aus Namensaktien börsennotierter Gesellschaften an den im Aktienregister eingetragenen Intermediär.
- Der Aktionär kann Anweisungen zur Informationsübermittlung erteilen
- Unter den Intermediären **elektronische** Übermittlung
- **Format, Inhalt und Frist** der Informationsübermittlung nach den Anforderungen der **Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212**
- **Erleichterung für Intermediäre**: Eine rechtzeitige gesammelte Informationsübermittlung und -weiterleitung ist möglich.

Hauptversammlung: Einberufung und Mitteilung nach § 125 AktG

- Prozess um die Mitteilung der Einberufung der HV wird durch das ARUG II komplett neu geregelt
- § 125 AktG (neu):
 - Vorgaben für Inhalt, Format und Frist der Mitteilung über die Hauptversammlung
 - Verweis auf § § 67a, 67 b AktG hinsichtlich Weiterleitung und Übermittlung der Information und Streichung von § 128 AktG alt „Übermittlung der Mitteilungen“ durch Kreditinstitute
- (1) Der Vorstand einer Gesellschaft, die nicht ausschließlich Namensaktien ausgegeben hat, hat die Einberufung der Hauptversammlung mindestens 21 Tage vor derselben wie folgt mitzuteilen:
 1. den Intermediären, die Aktien der Gesellschaft verwahren,
 2. den Aktionären und Intermediären, die die Mitteilung verlangt haben, und
 3. den Vereinigungen von Aktionären, die die Mitteilung verlangt haben oder die in der letzten Hauptversammlung Stimmrechte ausgeübt haben.
- (2) Die gleiche Mitteilung hat der Vorstand einer Gesellschaft, die Namensaktien ausgegeben hat, den zu Beginn des 21. Tages vor der Hauptversammlung im Aktienregister Eingetragenen zu machen sowie den Aktionären und Intermediären, die die Mitteilung verlangt haben, und den Vereinigungen von Aktionären, die die Mitteilung verlangt oder die in der letzten Hauptversammlung Stimmrechte ausgeübt haben.
- (5) Für Inhalt und Format eines Mindestgehaltes an Informationen in den Mitteilungen gemäß Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 gelten die Anforderungen der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212. § 67a Absatz 2 Satz 1 gilt für die Absätze 1 und 2 entsprechend. Bei börsennotierten Gesellschaften sind die Intermediäre, die Aktien der Gesellschaft verwahren, entsprechend den § § 67a und 67b zur Weiterleitung und Übermittlung der Informationen nach den Absätzen 1 und 2 verpflichtet, es sei denn, dem Intermediär ist bekannt, dass der Aktionär sie von anderer Seite erhält. Das Gleiche gilt für nichtbörsennotierte Gesellschaften mit der Maßgabe, dass die Bestimmungen der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212 nicht anzuwenden sind.

Hauptversammlung: Mitteilung nach § 125 AktG – Inhalt nach Tabelle 3 der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212 (II)

Praxisprobleme:

- Auslegung und Interpretation „Art der Teilnahme des Aktionärs (Feld D.1.)“:

DFVO-Code	ISO 20022 Code	Feldbeschreibung
VI	VIRT	Virtuelle Teilnahme: Der Aktionär nimmt virtuell an der HV teil und stimmt virtuell ab, z.B. durch Video/Audio- oder Multimedia-Konferenz, jedenfalls web-basiert.
EV	MAIL	Abstimmung durch Briefwahl: Die Teilnahme und die Abstimmung erfolgen durch ein Dokument (Brief), der per Post zugestellt wird
EV	EVOT	Abstimmung durch Briefwahl: Teilnahme und Abstimmung erfolgt auf elektronischem Weg, z.B. via SWIFT oder einer web-basierten Applikation.
PH	PHYS	Persönliche Teilnahme: Teilnahme und Abstimmung erfolgt durch physische Anwesenheit des Aktionärs auf der HV.
PH	PHNV	Persönliche Teilnahme: Teilnahme des Aktionärs erfolgt durch physische Anwesenheit auf der HV, er ist aber nicht stimmberechtigt.
PX	PRXY	Teilnahme durch Stellvertreter (by proxy).

- Kein Datenfeld in der Tabelle 3 für sonstige Pflicht-Angaben nach § 125 Abs. 1 Satz 4 AktG „sonstige Aufsichtsratsmandate“

Hauptversammlung: Beispiele Mitteilung nach § 125 AktG – Tabelle 3 der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212

- TUI AG: eigenständiges Dokument** „Informationen nach § 125 Abs. 2 AktG i.V.m. § 125 Abs. 5 AktG, Art. 4 Abs. 1, Tabelle 3 des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212“ auf der HV-Internetseite, **Tabelle 3 alle Blöcke A bis F vollständig ausgefüllt**

The screenshot shows the meeting notice for TUI GROUP. It includes a table with 9 items, each with a description and a reference to the relevant document. The table is structured as follows:

Item	Description	Reference
1. Einberufung	Einberufung der Hauptversammlung	§ 125 Abs. 1 Satz 1 AktG
2. Tagesordnung	Tagesordnung der Hauptversammlung	§ 125 Abs. 1 Satz 2 AktG
3. Teilnahme des Aktionärs	Teilnahme des Aktionärs	§ 125 Abs. 2 AktG
4. Teilnahme des Aktionärs	Teilnahme des Aktionärs	§ 125 Abs. 2 AktG
5. Teilnahme des Aktionärs	Teilnahme des Aktionärs	§ 125 Abs. 2 AktG
6. Teilnahme des Aktionärs	Teilnahme des Aktionärs	§ 125 Abs. 2 AktG
7. Teilnahme des Aktionärs	Teilnahme des Aktionärs	§ 125 Abs. 2 AktG
8. Teilnahme des Aktionärs	Teilnahme des Aktionärs	§ 125 Abs. 2 AktG
9. Teilnahme des Aktionärs	Teilnahme des Aktionärs	§ 125 Abs. 2 AktG

- METRO AG: Integration der Tabelle 3, Blöcke A bis C in die „Tagesordnung und Einberufung“** auf der HV-Internetseite

The screenshot shows the meeting notice for METRO AG. It features a large orange graphic with the text "#NEW GETHER" and "ZEIT FÜR EIN NEUES MITEINANDER". Below the graphic is a table with 9 items, each with a description and a reference to the relevant document. The table is structured as follows:

Item	Description	Reference
1. Einberufung	Einberufung der Hauptversammlung	§ 125 Abs. 1 Satz 1 AktG
2. Tagesordnung	Tagesordnung der Hauptversammlung	§ 125 Abs. 1 Satz 2 AktG
3. Teilnahme des Aktionärs	Teilnahme des Aktionärs	§ 125 Abs. 2 AktG
4. Teilnahme des Aktionärs	Teilnahme des Aktionärs	§ 125 Abs. 2 AktG
5. Teilnahme des Aktionärs	Teilnahme des Aktionärs	§ 125 Abs. 2 AktG
6. Teilnahme des Aktionärs	Teilnahme des Aktionärs	§ 125 Abs. 2 AktG
7. Teilnahme des Aktionärs	Teilnahme des Aktionärs	§ 125 Abs. 2 AktG
8. Teilnahme des Aktionärs	Teilnahme des Aktionärs	§ 125 Abs. 2 AktG
9. Teilnahme des Aktionärs	Teilnahme des Aktionärs	§ 125 Abs. 2 AktG

Hauptversammlung: Mitteilung nach § 125 AktG – Sprache(n)

- Deutsch **und Englisch** erforderlich? => Artikel 2 Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212 (Standardisierte Formate, Interoperabilität und Sprachen)

(2) Die Informationen der Emittenten für die Intermediäre, die über die Intermediärskette an die Aktionäre zu übermitteln sind, haben ein Format, das eine Verarbeitung gemäß Absatz 3 ermöglicht.

Der Emittent stellt die Informationen in der **Sprache** zur Verfügung, in der er seine Finanzinformationen gemäß der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (4) veröffentlicht, **sowie in einer in internationalen Finanzkreisen gebräuchlichen Sprache, es sei denn, dies ist aufgrund seiner Aktionärsstruktur nicht gerechtfertigt.**

- Befreiungsklausel „es sei denn, dies ist aufgrund seiner **Aktionärsstruktur** nicht gerechtfertigt.“
- **Praxisfragen:**
 - Tabelle 3 Blöcke A bis F **vollständig** ausgefüllt mit Codes gemäß ISO20022 => Zweisprachigkeit dann erforderlich?
 - Verweislösung Tabelle 3 Blöcke A bis C mit Verweis auf HV-Internetseite => Zweisprachige Verfügbarkeit sämtlicher HV-Dokumente erforderlich?

Hauptversammlung: Mitteilung nach § 125 AktG – Zeitpunkt der Übermittlung in die Intermediärskette

- **Inhaberaktien:**
 - § 125 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 5 Satz 3 AktG: Mitteilung über die Hauptversammlung über die Intermediärskette muss **mindestens 21 Tage vor** der Hauptversammlung erfolgen
 - **Im Widerspruch dazu** - Art. 9 Absatz 1 Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212: Emittent muss den Intermediären die Information über das Unternehmensereignis rechtzeitig und spätestens am Geschäftstag, an dem er das Unternehmensereignis **bekannt (= Veröffentlichung im Bundeanzeiger)** gibt, zur Verfügung zu stellen
 - ⇒ **4 Auslegungsvarianten:**
 - Emittent informiert Intermediäre **am Tag der Einberufung** (Art. 9 Abs. 1 Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212 i.V.m § 121 Abs. 1 Satz 1 AktG) für den 1. Versand und **zusätzlich am 22. Tag vor der Hauptversammlung** (§ 67a Abs. 1 Satz 2 AktG i.V.m. § 125 Abs. 1 AktG) für den 2. Versand)
 - Emittent informiert Intermediäre **nach Ablauf der Tagesordnungsergänzungsfrist** (bei börsennotierten Gesellschaften am 30. Tag vor der HV) (§ § 121, 124 AktG) => Vermeidung Doppelversand bei Ergänzungsverlangen
 - Emittent informiert Intermediäre bei Inhaberaktien **spätestens am 22. Tag vor der Hauptversammlung** (§ 125 Abs. 1 AktG)
 - Emittent informiert Intermediäre **spätestens am Tag der Einberufung einmalig** (Art. 9 Abs. 1 Durchf.verord. (EU) 2018/1212 i.V.m. § 121 Abs. 1 AktG)
 - **Problem:** Intermediäre sind grundsätzlich zur taggleichen Weitergabe eines Unternehmensereignisses verpflichtet (Doppelinformation, Kosten...)
- **Namensaktien - Empfehlung Bankenverband:** Emittenten sollten die Informationen über die Hauptversammlung unabhängig von der Registrierung immer auch in die Verwahrkette gegeben werden, um Intermediären die Möglichkeit zu geben, ihre Kunden selbst zu unterrichten.

Hauptversammlung: Mitteilung nach § 125 AktG – die letzte Meile vom Intermediär zum Aktionär § 67b Abs. 1 AktG

- **Prinzip der taggleichen Informationsübermittlung** gilt grundsätzlich auch für die Übermittlung vom Letztintermediär zum Aktionär/Depotkunden (Art. 9 Abs. 3 Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212).
 - Dies setzt eine **vollautomatische und elektronische** Kommunikation zwischen Letztintermediär und Aktionär/Depotkunde voraus
 - Bei **institutionelle Kunden des Letztintermediärs** im Regelfall möglich
 - Bei **Retailkunden des Letztintermediärs** nicht möglich:
 - Letztintermediär muss zuerst Information aus der ISO-Nachricht in einen Fließtext „übersetzen“ und in ein anderes Format, z.B. eine PDF-Datei, überführen.
 - Dann postalische Unterrichtung (Medienbruch) oder über elektronisches Postfach
 - ⇒ Zeitliche Verzögerungen
- Bankenverband:**
Schriftliche Informationsübermittlung vom Letztintermediär zum Aktionär mit den daraus typischerweise verbundenen Verzögerungen ist als **fristgemäß** und nicht als **schuldhaftes Zögern** anzusehen.
Bei **elektronischer Unterrichtung** des Aktionärs durch ein elektronisches Postfach, in das z.B. eine PDF-Datei eingestellt werden kann, kann die zur Informationsübermittlung erforderliche Erstellung eines Fließtextes aus dem ISO-Format und dessen Übertragung in eine Onlinebanking-Anwendung zu einer zeitlichen Verzögerung führen, die dennoch als **fristgemäß** anzusehen ist.

Hauptversammlung: Mitteilung nach § 125 AktG – Namensaktien (I)

- **§ 125 Abs. 2 AktG:**
Die gleiche Mitteilung hat der Vorstand einer Gesellschaft, die Namensaktien ausgegeben hat, den zu Beginn des 21. Tages vor der Hauptversammlung im Aktienregister Eingetragenen zu machen sowie den Aktionären und Intermediären, die die Mitteilung verlangt haben, und den Vereinigungen von Aktionären, die die Mitteilung verlangt oder die in der letzten Hauptversammlung Stimmrechte ausgeübt haben.
- **Alle zu Beginn des 21. Tages vor der Hauptversammlung im Aktienregister Eingetragenen**
 - erhalten die Mitteilung nach § 125 AktG **direkt von der Gesellschaft** (§ 125 Abs. 2 AktG), keine Weiterleitungs- und Übermittlungspflicht der Intermediäre (§ 125 Abs. 5 Satz 2 AktG), wenn der „wahre“ Aktionär im Register eingetragen ist.
 - *Bewährte Praxis: Erstversand nach Ablauf der Erweiterungsantragsfrist, Zweitversand am 21. Tag vor der Hauptversammlung*
 - Ist ein Intermediär im Aktienregister an Stelle des Aktionärs oder als Platzhalter (Nominee) eingetragen, muss der eingetragene Intermediär den Aktionär oder den nächsten Intermediär der Verwahrkette unterrichten.
- **Alle nach Beginn des 21. Tages vor der Hauptversammlung im Aktienregister Eingetragenen**
 - müssen die Mitteilung nach § 125 AktG aktiv verlangen (§ 125 Abs. 2 AktG)
 - Intermediäre sind nach § § 125 Abs. 5 Satz 3 Halbsatz 1 AktG und Art. 9 Abs. 2 Unterabsatz 3 Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212 verpflichtet, die Bestände zu überwachen und die Mitteilung über die Hauptversammlung bis zum Nachweisstichtag (technical record date) an neue Aktionäre zu übermitteln.

Hauptversammlung: Mitteilung nach § 125 AktG – Namensaktien (II)

- **Inhalt und Format** gemäß Mindestanforderungen der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212 (§ 125 Abs. 5 Satz 1 AktG)
 - **Mindestinhalte gemäß Tabelle 3** des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212
 - Vorgabe eines **elektronischen, maschinenlesbaren** Formats **gilt nur für die Kommunikation mit Intermediären** (Art. 2 Abs. 2 i.V.m. Abs. 3 Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212)
- **Postalisch oder elektronisch?**
 - Gemäß § 67 Abs. 1 AktG neue Fassung sind „Namensaktien sind unter Angabe des Namens, Geburtsdatums und einer Postanschrift sowie einer elektronischen Adresse des Aktionärs sowie der Stückzahl oder der Aktiennummer und bei Nennbetragsaktien des Betrags in das Aktienregister der Gesellschaft einzutragen.“
 - Voraussetzungen des § 49 Abs. 3 WpHG: Zustimmung für „Datenfernübertragung“ durch
 - die Hauptversammlung (HV-Beschluss oder Satzungsregelung) und
 - des jeweiligen Aktionärs:
 - Gilt der Eintrag einer Mail-Adresse im Register bereits als Zustimmung?
 - Führt der Eintrag einer Mail-Adresse im Register zu einer Verpflichtung des Emittenten zum elektronischen Versand?
 - **Exkurs – Änderung in § 125 Abs. 2 Satz 2 AktG:** „~~Die Satzung kann die Übermittlung auf den Weg elektronischer Kommunikation beschränken.~~“

Hauptversammlung: Bestandsnachweis und Anmeldung

- **ARUG II - § 123 Abs. 4 AktG (Synopsis):**

(Text alte Fassung)

(4) Bei Inhaberaktien börsennotierter Gesellschaften reicht ein durch das depotführende Institut in Textform erstellter besonderer Nachweis des Anteilsbesitzes aus. Der Nachweis hat sich bei börsennotierten Gesellschaften auf den Beginn des 21. Tages vor der Versammlung zu beziehen und muss der Gesellschaft unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse mindestens sechs Tage vor der Versammlung zugehen.

(Text neue Fassung)

(4) Bei Inhaberaktien börsennotierter Gesellschaften reicht ein Nachweis gemäß § 67c Absatz 3 aus. Der Nachweis des Anteilsbesitzes nach § 67c Absatz 3 hat sich bei börsennotierten Gesellschaften auf den Beginn des 21. Tages vor der Versammlung zu beziehen und muss der Gesellschaft unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse mindestens sechs Tage vor der Versammlung zugehen.

- **Bestandsnachweis nach § 67c AktG** gemäß Tabelle 4 Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212:
 - Ausstellung bzw. Übermittlung durch Letztintermediär
 - Neue gesetzliche Regel-Norm
 - „offener“ 67c-Gesetzeswortlaut („reicht aus“)
- **Anmeldung (und Stimmrechtsweisungen)** gemäß Tabelle 5 Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212, Ausstellung bzw. Übermittlung durch Letztintermediär
 - => Erstmals ausdrückliche „formalistische“ Vorgaben für die Anmeldung

Hauptversammlung: Bestandsnachweis nach § 67c AktG

➤ Praxisfragen:

- Tabelle 4 Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212 enthält kein Datenfeld für eine Uhrzeitangabe beim Record Date
- Internationale Bankenpraxis arbeitet nicht mit 0.00 Uhr, sondern 24:00 Uhr (close of business – cob)

Empfehlung Bankenverband:

Bei dem Nachweis der Berechtigung für deutsche Inhaberkriegesellschaften, deren gesetzlicher Nachweisstichtag gemäß § 123 Abs. 4 Satz 2 AktG zu Beginn des 21. Tages vor der Hauptversammlung liegt, liegt es nahe Feld B.1. entsprechend Art. 1 Nr. 7 DFVO mit dem Datum des 22. Tages vor der Hauptversammlung (cob) anzugeben.

Letztintermediäre sollten das vom Emittenten in Tabelle 3 C.5. angegebene Datum des Nachweisstichtages in Feld B. 1 der Tabelle 4 in der Bestandbestätigung übernehmen.

- Satzungsänderung zur Anpassung an ARUG II (§ 67c Abs. 3 und § 123 Abs. 4 Satz 1 und 2 AktG)
- Ist ein Bestandsnachweis „old style“ noch zulässig? Nach überwiegender Meinung bei „offener“ 67c-Satzungsregelung wohl zu bejahen?
- Ist der neue Bestandsnachweis nach § 67c AktG zwingend erforderlich?
- Vorgehensweise bei nicht-börsennotierten Gesellschaften, die die „Opt-in-Option“ zum Gleichlauf der Prozesse „wie bei einer börsennotierten Gesellschaft“ gewählt haben und bereits die Satzung an ARUG II angepasst haben?

➤ Im Grundsatz: Verstöße können grundsätzlich eine **Anfechtbarkeit** begründen

Hauptversammlung: Weiterleitungspflicht von Stimmrechtsweisungen für Intermediäre

- Gibt ein Aktionär den Letztintermediär Stimmrechtsweisungen, ist der Letztintermediär gemäß § 67c Abs. 1 AktG verpflichtet, diese Information entweder der Gesellschaft direkt, einer von der Gesellschaft benannten Anmeldestelle oder einem Intermediär in der Kette zu übermitteln.
- **Anmeldung und Stimmrechtsweisungen** gemäß Tabelle 5 Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212
- Intermediäre sind nach § 67c Abs. 1 AktG nur zur Weiterleitung der von den Aktionären erhaltenen Informationen und Weisungen an die Emittenten verpflichtet, nicht zur Ausübung.
- **Exkurs - Auftragsstimmrecht eines Intermediärs (§ 135 AktG):**
 - Intermediäre verpflichten sich aufgrund vertraglicher Vereinbarung mit ihren Depot-Kunden, deren Stimmen in Hauptversammlungen zu vertreten.
 - Ob und wie ein Intermediär das Auftragsstimmrecht (überhaupt noch) anbietet, wird davon abhängen, zu welchem Zeitpunkt der Emittent die Mitteilung zur Hauptversammlung in die Intermediärskette gibt.

ARUG II // BESTÄTIGUNG DES ZUGANGS UND DER AUFZEICHNUNG UND ZÄHLUNG DER STIMMEN

Hauptversammlung: Bestätigung des Zugangs elektronisch abgegebener Stimmen durch die Gesellschaft

- § 118 Abs. 1 Sätze 3 bis 5 AktG: „Bei elektronischer Ausübung des Stimmrechts ist dem Abgebenden der Zugang der elektronisch abgegebenen Stimme nach den Anforderungen gemäß [...] der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212 von der Gesellschaft elektronisch zu bestätigen. Sofern die Bestätigung einem Intermediär erteilt wird, hat dieser die Bestätigung unverzüglich dem Aktionär zu übermitteln. § 67a Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 gilt entsprechend.“
- **Inhalte gemäß Tabelle 6** des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212 (darin **keine** Datenfelder für Ja, Nein, Enthaltung je Top)
- **Elektronische** Ausübung des Stimmrechts:
 - Laut Gesetzesbegründung, wenn die Stimmabgabe ohne Anwesenheit vor Ort elektronisch erfolgt
 - Echte „Online-Teilnahme“ nach § 118 Abs. 1 AktG über Portal
 - Elektronische Briefwahlstimmabgabe nach § 118 Abs. 2 AktG über Portal
 - Strittig: Briefwahlstimmen per Mail oder Fax?
 - **Dagegen:**
 - Tablet-Stimmabgabe vor Ort in der Präsenz-HV ist keine elektronische Ausübung des Stimmrechts
 - Elektronische Bevollmächtigung des Stimmrechtsvertreters der Gesellschaft ist keine elektronische Ausübung des Stimmrechts
 - Damit: elektronische Weiterleitung von Stimmrechtsweisungen durch Intermediäre löst keine Zugangsbestätigungspflicht aus
 - **Aber: Empfehlung des Bankenverbands:** Gesellschaften, die Stimmrechtsweisungen von Aktionären über die Intermediärskette im ISO 20022 Standard erhalten, sollten den Zugang dieser Weisungen elektronisch bestätigen.

ARUG II // BESTÄTIGUNG DES ZUGANGS UND DER AUFZEICHNUNG UND ZÄHLUNG DER STIMMEN

Hauptversammlung: Bestätigung der Aufzeichnung und Zählung der Stimmen durch die Gesellschaft

- § 129 Abs. 5 AktG: „Der **Abstimmende** kann von der Gesellschaft **innerhalb eines Monats** nach dem Tag der Hauptversammlung eine Bestätigung darüber verlangen, ob **und wie** seine Stimme gezählt wurde. Die Gesellschaft hat die Bestätigung gemäß den Anforderungen in [...] der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212 zu erteilen. Sofern die Bestätigung einem Intermediär erteilt wird, hat dieser die Bestätigung unverzüglich dem Aktionär zu übermitteln. § 67a Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 gilt entsprechend.“
- **Inhalte gemäß Tabelle 7** des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212 (darin **keine** Datenfelder für Ja, Nein, Enthaltung je Top)
- Zu bestätigen sind auf Antrag alle Stimmen, unabhängig vom Weg der Stimmabgabe (elektronisch, per Handaufheben, per Stimmzettel)
- **Frist:** Übermittlung der Bestätigung innerhalb von **15 Tagen** nach Erhalt des Aktionärsverlangens
- **Wem?**
 - Nur dem Abstimmenden
 - Kann ein Aktionär, der eine Vollmacht mit Weisungen an den Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft erteilt hat, eine Bestätigung der Aufzeichnung und Zählung der Stimmen verlangen?

Anspruch der Intermediäre auf Kostenerstattung nach § 67f AktG

- **Grundsatz** gemäß § 67f AktG: Der Emittent trägt die Kosten für die notwendigen Aufwendungen der Intermediäre
 - **Ausnahme:** Aufwendungen der Letztintermediäre für nicht-elektronische, postalische Übermittlung von Informationen an den Aktionär gemäß § 67b Abs. 1 Satz 1 AktG (Corporate Actions)
 - **Unterausnahme:**
 - Inhaberaktien: Für die Übermittlung von Information über die Einberufung der Hauptversammlung nach § 125 AktG gilt die Grundregel des Erstattungsanspruchs der Intermediäre auch beim nicht-elektronischen, postalischen Versand.
 - Namensaktien: Die Aufwendungen der im Aktienregister eingetragenen Intermediäre für die Weiterleitung der Mitteilung über die Einberufung der Hauptversammlung (§ 125 Abs. 2 und 5 i.V.m. § § 67a und 67b AktG) an die Aktionäre sind nicht erstattungsfähig, es sei denn, die Eintragung des Retail-Aktionärs ins Aktienregister erfolgt nach dem Einladungsversand durch die Gesellschaft.
- Es gilt sinngemäß weiterhin die durch das ARUG II aufgehobene „**Verordnung über den Ersatz von Aufwendungen der Kreditinstitute (KredInstAufwV 2003)**“, solange bis eine neue Verordnung zur Kostenregelung erlassen wurde, spätestens aber mit Ablauf des 3. Septembers 2025.

ARUG II RELATED PARTY TRANSACTIONS

Related Party Transactions (RPT) § § 111a bis 111c AktG

- **Seit 1. Januar 2020**
- Geschäfte **börsennotierter Gesellschaften** mit nahestehenden Personen innerhalb der letzten 12 Monate vor Abschluss des Geschäfts über den Grenzen der § 111b Abs. 1, Abs. 3 AktG bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats oder eines entsprechenden RPT-Ausschusses
 - Verweigert der Aufsichtsrat die Zustimmung, kann der Vorstand verlangen, dass die Hauptversammlung darüber beschließt
- **Veröffentlichungspflicht** (im Wesentlichen: Angaben zur Art des Verhältnisses zu den nahestehenden Personen, die Namen der nahestehenden Personen, das Datum und der Wert des Geschäfts)
 - **Unverzügliche** Veröffentlichung bei Abschluss des zustimmungspflichtigen Geschäfts, spätestens innerhalb von vier Handelstagen
 - Entfällt, wenn die erforderlichen Angaben bereits im Rahmen einer Ad hoc-Mitteilung veröffentlicht worden sind.
 - Zuleitung an Medien mit europaweiter Verbreitung
 - **Zugänglichmachen auf der Internetseite für 5 Jahre**
- ⇒ **Organisationspflicht des Vorstands:** Installation eines Verfahrens zur Identifizierung und Bewertung von Related Party Transactions
- ⇒ **Pflicht zur Einrichtung eines internen Verfahrens durch den Aufsichtsrat** nach § 111a Abs. 2 Satz 2 AktG zur Kontrolle, ob Geschäfte mit nahestehenden Personen im ordentlichen Geschäftsgang und zu marktüblichen Bedingungen getätigt werden, sowie zur Absicherung des gesetzlichen Zustimmungsvorbehalt nach § 111b AktG. (Ausnahme: Befreiung durch Satzungsregelung)

AKTIEN STATT BARDIVIDENDE („SCRIP DIVIDEND“)

Aktien statt Bardividende

- **Aktiendividende / Wahldividende**
 - Wahlrecht des Aktionärs, Aktien statt Dividende in bar zu erhalten
- **Strukturierung**
 - **Sachkapitalerhöhung** mit Bezugsrechten und Ausgabe neuer Aktien
 - Tausch von Aktien gegen Dividendenansprüche unter Ausschluss des Bezugsrechts und **Verwendung eigener Aktien**
- **Zeitachse**
 - Spätestens **4 Wochen vor Einberufung der HV 2021** sollte mit Vorbereitungen begonnen werden
- **Kosten** „all in“ ca. 200.000 – 300.000 Euro
 - Demgegenüber steht **Cash Ersparnis**; Beispiele in 2020
 - Vonovia SE ca. 350 Mio. Euro
 - LEG Immobilien AG ca. 85 Mio. Euro
 - DIC Asset AG ca. 16 Mio. Euro
 - GRENKE AG ca. 9 Mio. Euro

Motive // Vorteile

Emittent

- Reduzierung des als Bardividende auszahlenden Betrags und somit des Cash-Abflusses
 - Schonung der Liquidität
 - Reinvestitionsmöglichkeit oder Schuldenabbau
- Stärkung der Eigenkapitalbasis
- Erfüllung der Dividendenerwartung bzw. -ankündigung / positives Signal an Kapitalmarkt
- Möglichkeit der 10%-Kapitalerhöhung bleibt unberührt
- Schlanke Transaktionsstruktur / geringe Kosten
 - Keine Platzierung, Roadshow etc.
 - Kein Prospekt, Billigungsprozess etc. / stattdessen kurzes „prospektbefreiendes Dokument“
 - Keine Due Diligence, kein Disclosure Letter
- Ausgleich heterogener Aktionärsinteressen (Thesaurierung vs. Dividende)

Aktionäre

- Wahlrecht des Aktionärs
- neue Aktien mit Abschlag auf den Börsenkurs (in der Regel 2-3%)
- Neue Aktien ohne zusätzliche Investitionen

Unternehmen in Deutschland (Stark Steigende Tendenz)

In 2020

GRENKE

ENCAVIS

HLA

DIC · vonovia

menschmaschine
CAD as CAD can

LEG

hamborner
REIT

GRAND CITY
Properties S.A.

UmweltBank
Mein Geld macht grün.

KTG
Agrar SE

alstria

DEUTSCHE
WOHNEN

Deutsche Rohstoff AG

H&R

wüstenrot
württembergische

PATRIZIA
IMMOBILIEN AG

e.on

T

mediantis

publity

optimize!

softing

AROUNDTOWN^{SA}



Lufthansa

Zappi
Creation

RECHTSPRECHUNG
AKTUELLE URTEILE EINSCHLIEßLICH
BGH-RECHTSPRECHUNG

BGH, Urteil vom 21. April 2020 - II ZR 412/17

➤ **BGH zur Rechtsscheinwirkung einer im Handelsregister hinterlegten Aufsichtsratsliste**

- Die Abberufung eines Aufsichtsratsmitglieds wird erst wirksam, wenn ihm dies mitgeteilt wird.
- Änderungen im Aufsichtsrat sind unverzüglich durch Einreichung einer neuen Liste zum Handelsregister bekannt zu machen (§ 106 AktG).
 - Keine Publizität aufgrund Handelsregistereintragung (§ 15 HGB).
 - Aber allgemeine Rechtsscheinwirkung aufgrund öffentlicher Bekanntmachung (§ 171 Abs. 2 BGB, § 106 AktG):
 - Aufsichtsratsliste ist allgemeiner Rechtsscheinträger.
 - Der gute Glaube Dritter an die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat entsprechend der im Handelsregister veröffentlichten Liste ist entsprechend § 171 Abs. 2 BGB geschützt.
 - Die Vertretungsmacht von Aufsichtsratsmitgliedern, die in der zum Handelsregister eingereichten Liste aufgeführt sind, bleibt gegenüber gutgläubigen Dritten auch nach der Amtsbeendigung bis zur Aktualisierung der Liste bestehen.

BGH, Urteil vom 14. Juli 2020 - II ZR 255/18

➤ **BGH zur Beschlussanfechtung wegen zu später Bekanntmachung ergänzter Tagesordnungspunkte infolge eines gerichtlich durchgesetzten Ergänzungsverlangens**

- Die ergänzte Tagesordnung der Hauptversammlung einer nicht börsennotierten Aktiengesellschaft muss auch bei einem gerichtlich durchgesetzten Ergänzungsverlangen eines Minderheitsaktionärs (§ 122 Abs. 2 AktG) rechtzeitig bekannt gemacht werden (§ 124 Abs. 1 AktG).
- Die ergänzten Gegenstände zur Tagesordnung sind in angemessener Frist vor der Hauptversammlung oder, sofern die Satzung eine Anmelde- und/oder Nachweisfrist bestimmt, vor dem letzten Anmelde- und/oder Nachweistag bekannt zu machen.
 - Eine verspätete Bekanntmachung verletzt das Recht der übrigen Aktionäre auf sachgerechte Information.
 - Hauptversammlungsbeschlüsse, die auf einer verspäteten Bekanntmachung beruhen, sind anfechtbar.

BGH, Urteil vom 22. September 2020 - II ZR 399/18

➤ **BGH zur konzernrechtlichen Verknüpfung von Tochter- und Mutterunternehmen i.S.d. WpHG**

- Nach § 37 Abs. 1 WpHG ist ein Tochterunternehmen von den Mitteilungspflichten nach § § 33, 38, 39 WpHG befreit, wenn die Mitteilung von seinem Mutterunternehmen als Konzernmitteilung abgegeben wird.
- Dies gilt auch, wenn ein Entherrschungsvertrag in der Kette der beteiligten Gesellschaften besteht:
 - Für ein Mutter-Tochter-Verhältnis kraft Mehrheitsbeteiligung gemäß § 290 Abs. 2 Nr. 1 HGB ist allein die formale Rechtsinhaberschaft entscheidend und nicht die materielle Betrachtung unter Einbeziehung schuldrechtlicher Vereinbarungen.
 - Die konzernrechtliche Verknüpfung wird in diesen Fällen nicht durch einen schuldrechtlichen Entherrschungsvertrag aufgelöst.

OLG Hamm, Urteil vom 4. März 2020 - 8 U 32/19

➤ **OLG Hamm zu Verträgen mit Aufsichtsratsmitgliedern außerhalb der Aufsichtsrats Tätigkeit und zu Ansprüchen aus § 114 Abs. 2 AktG** (nicht rechtskräftig, Nichtzulassungsbeschwerde beim BGH eingelegt)

- § 114 Abs. 2 AktG findet auch auf fehlerhaft bestellte Aufsichtsratsmitglieder Anwendung.
- Von § 114 AktG werden ab Beginn der Organstellung auch Verträge mit Aufsichtsratsmitgliedern erfasst, die vor der Bestellung zum Aufsichtsratsmitglied abgeschlossen wurden.
- Erfasst werden auch Verträge, die nicht unmittelbar mit einem Aufsichtsratsmitglied, sondern mit einer weiteren Gesellschaft, deren gesetzlicher Vertreter ein Aufsichtsratsmitglied ist, abgeschlossen wurden (analog § 115 Abs. 3 AktG).
 - Sind einer von dem Aufsichtsratsmitglied vertretenen Gesellschaft unter Verstoß gegen § 114 Abs. 1 AktG Vergütungen gewährt worden, ist - ungeachtet eines eventuellen Rückzahlungsanspruchs der AG gegen diese Gesellschaft - auch das Aufsichtsratsmitglied zur Rückzahlung verpflichtet.

LG München, Urteil vom 13. Februar 2020 - 5 HK O 2393/19

➤ **LG München zum Abschluss eines Vorstandsdienstvertrages ohne entsprechenden Aufsichtsratsbeschluss**
(nicht rechtskräftig)

- Schließt der Aufsichtsratsvorsitzende einen Vorstandsdienstvertrag ohne den erforderlichen Beschluss des Aufsichtsrats ab, so handelt er als Vertreter ohne Vertretungsmacht.
 - Vorstandsmitglied darf grundsätzlich auf die behauptete Vertretungsmacht vertrauen
→ keine Nachforschungspflicht
- Haftung des Vertreters ohne Vertretungsmacht auf Schadensersatz aus § 179 BGB
 - Ausnahme, wenn der Vertragspartner die fehlende Vertretungsmacht kannte oder kennen musste.

OLG München, Urteil vom 4. Dezember 2019 - 7 U 2464/18

➤ **OLG München zur fristlosen Kündigung eines Vorstandsdienstvertrages**

- Grund für eine fristlose Kündigung kann insbesondere die durch das Vorstandsmitglied zu vertretende Zerstörung des Vertrauensverhältnisses sein.
 - Bei Dienstverhältnissen zu einer Muttergesellschaft und einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft können Pflichtverletzungen des Vorstands gegenüber einer Gesellschaft auch Kündigungsgründe für das Dienstverhältnis gegenüber der anderen Gesellschaft darstellen.
- Nachschieben von Kündigungsgründen:
 - Bei befristeten Dienstverträgen nur bis zum regulären Ende der Laufzeit.
 - Durch Kündigungsgründe, die erst nach dem vorgesehenen Ablauf des Dienstvertrages bekannt werden, kann ein Vertrauen in die weitere Zusammenarbeit nicht mehr zerstört werden.

BGH, Urteil vom 30. Juni 2020 - II ZR 8/19

➤ **BGH u.a. zum Erfordernis der Bestimmtheit eines Beschlusses über die Bestellung eines besonderen Vertreters (§ 147 Abs. 2 AktG)**

- Gemäß § 147 Abs. 2 AktG können die Hauptversammlung oder - auf Antrag von Aktionären - das Gericht zur Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegen Vorstand und Aufsichtsrat einen besonderen Vertreter bestellen.
- Der Geltendmachungsbeschluss und der Beschluss über die Bestellung eines besonderen Vertreters sind grundsätzlich voneinander unabhängig.
- Der Beschluss über die Bestellung eines besonderen Vertreters zur Geltendmachung von Ersatzansprüchen erfordert keine Konkretisierung der Ersatzansprüche.
 - Der Bestellungsbeschluss setzt einen wirksamen Geltendmachungsbeschluss voraus.
 - Der Umfang der Befugnisse folgt bereits aus dem vorhergehenden Geltendmachungsbeschluss.
 - Mängel des Geltendmachungsbeschlusses schlagen nicht auf den Bestellungsbeschluss durch, solange ersterer nicht nichtig ist.

VIELEN DANK!

BETTER ORANGE ÜBERZEUGEN DURCH KOMPETENZ

BETTER ORANGE // ESTABLISHED IN 2007

> 150 aktuelle Kunden	2 Standorte München, Düsseldorf	20+ Mitarbeiter	∞ Engagement
80+ Betreute Geschäftsberichte	50+ Begleitete Transaktionen	3.500+ Durchgeführte Hauptversammlungen	>15 Jahre Erfahrung in der IR- & HV-Beratung

BETTER ORANGE // KONTAKT

Better Orange IR & HV AG

Haidelweg 48
81241 München
Telefon: 089 / 889 690 610
Fax: 089 / 889 690 666

info@better-orange.de
www.better-orange.de

Pinsent Masons Germany

Ottostraße 21
80333 München
Telefon: 089 / 203 043 500
Fax: 089 / 203 043 501

kontakt@pinsentmasons.de
www.pinsentmasons.com



Better Orange IR & HV AG
Haidelweg 48
81241 München
T: 089 / 88 96 906-10
F: 089 / 88 96 906-66
E: info@better-orange.de